



NIEDERSÄCHSISCHER  
STÄDTETAG

4 2024

#### ALLGEMEINE VERWALTUNG

**NST-N im Gespräch  
mit Daniela  
Behrens,**  
Niedersächsische  
Ministerin für  
Inneres und  
Sport

Seite 7

#### FINANZEN UND HAUSHALT

**Ergebnisse der  
Haushaltsklausur  
der Landesregierung**  
am 23. Juni 2024

Seite 10

#### SCHULE, KULTUR UND SPORT

**Öffentliche Musik-  
schulen stehen  
vor strukturellem  
Umbruch**

Seite 17

# NST-N

**NACHRICHTEN**



**STADT  
BAD BEVENSEN**



# Stadt- oder Landleben? Für uns keine Frage der Qualität, sondern der Persönlichkeit.

Ganz gleich, ob Stadt oder Dorf: Die NLG begleitet mit passenden Programmen städtische und kommunale Erneuerungsprozesse, um Infrastruktur zukunftsfähig zu machen. Es gilt, ein attraktives Wohnumfeld zu schaffen – und das umsichtig und vorausschauend. Wir nennen das: **Gemeinsam Lebensräume gestalten.**



### Inhalt 4/2024

#### Stadtportrait

Bad Bevensen: Traditionelles Heilbad mit Blick in die Zukunft

#### Editorial

#### Allgemeine Verwaltung

Wissenstransfer Online-Seminare  
Spätsommer 2024 – Auszug

Landesgartenschau 2026 in Bad Nenndorf – hier blüht die Vielfalt!

NST-N im Gespräch mit der  
Niedersächsischen Ministerin für Inneres  
und Sport, Daniela Behrens

Städtetag gratuliert Ulrich Mäde zur  
Verleihung des Verdienstkreuzes 1. Klasse  
des Niedersächsischen Verdienstordens

#### Finanzen und Haushalt

Ergebnisse der Haushaltsklausur  
der Landesregierung am 23. Juni 2024  
Von Dr. Kirsten Hendricks

#### Planung und Bauen

Metropolregion: „Dritte Orte“ als mögliche  
Zukunftsstrategie für lebendige Innenstädte

#### Schule, Kultur und Sport

Ganztagsschulen – Öffnung der Abholzeiten  
Special Olympics setzt den Fokus auf Inklusion  
in Kommunen

Öffentliche Musikschulen stehen vor  
strukturellem Umbruch

Von Prof. Michael Gudenkauf und Klaus Bredl

Arbeitskreis Tourismus des Niedersächsischen  
Städtetages tagte in Goslar 19

#### Jugend, Soziales und Gesundheit

2 Plötzlich pflegebedürftig: Wer hilft?  
3 Von Barbara Raude und Maren Konersmann 20

#### Wirtschaft und Verkehr

4 Mobilität: Bundesverwaltungsgericht  
entscheidet zum Gehwegparken 22

#### Umwelt

5 Die Kommunale Wärmeplanung im Nieder-  
sächsischen Klimagesetz – Status Quo und  
Ausblick auf eine Novelle  
7 Von Anna Ellisen 24

Wasserstoff spielt bei der Wärmeversorgung  
für Wohnungen keine Rolle!  
9 Von Verena Michalek und Uwe Sternbeck 25

83. Sitzung des Arbeitskreises Umweltschutz  
Von Anna Ellisen 30

#### EDV und E-Government

10 Datenschutz in Niedersachsen neu aufgestellt  
Von Ulrich Mahner 32

#### Rechtsprechung

12 Fraktionsausschluss 34  
14 Anmerkungen von Rechtsanwalt Eckhard David 35

#### Aus dem Verbandsleben

16 Finanz- und Wirtschaftsausschuss  
am 7. Juni 2024 in Aurich 35  
Der Parlamentarische Abend 2024 in Bildern 36

17 **Schrifttum** 8, 13, 15, 21, 23, 33

## IMPRESSUM

#### Herausgeber:

Niedersächsischer Städtetag  
Warmbüchenkamp 4, 30159 Hannover  
Telefon 0511 36894-0, Telefax 0511 36894-30  
redaktion@nst.de, www.nst.de

#### Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt:

Schriftleitung: Hauptgeschäftsführer Dr. Jan Arning

#### Verlag, Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:

W&S Epic GmbH  
Schulze-Delitzsch-Straße 35, 30938 Burgwedel  
Telefon 05139 8999-0, info@ws-epic.de  
www.ws-epic.de

ISSN 1615-0511

Zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 24  
vom 1. Januar 2024 gültig.

Die NST-Nachrichten erscheinen zweimonatlich.  
Anmeldung für den Info-Newsletter: <https://www.nst.de/>  
Aktuelles/NST-Nachrichten/Newsletter-NST-N/

Mit dem Namen des Verfassers veröffentlichte Beiträge  
stellen nicht immer die Auffassung der Schriftleitung  
beziehungsweise des Herausgebers dar. Für den Inhalt  
der Anzeigen übernimmt der Verlag keine Gewähr.

Nachdruck und Vervielfältigung nur mit Genehmigung der  
Redaktion. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des  
Verlages nicht gestattet, fotografische oder elektronische  
Dokumente und ähnliches von den Ausgaben, von einzel-  
nen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

#### Titelfoto:

Bad Bevensen, Radfahren in der Heide,  
© BBM/Markus Tiemann



<https://www.facebook.com/ndsstaedtetag>



@nds\_staedtetag



@nds\_staedtetag





FOTO: © BBM/MARKUS TIEMANN



FOTOS (2): © BBM IMAGE-FOTO



## Bad Bevensen: Traditionelles Heilbad mit Blick in die Zukunft

*Verwinkelte Gassen mit schönen, alten Fachwerkhäusern, eine Kirche, ein Kloster, das an ein Schloss erinnert und natürlich die bekannte Jod-Sole-Therme: die Stadt Bad Bevensen, das bekannte Jod-Sole-Heilbad, liegt verkehrsgünstig im Städtedreieck Hamburg – Bremen – Hannover. Die sanfthügelige Landschaft rund um das Mineralheilbad ist geprägt durch große Wälder, kleine Heideflächen, das Tal des Flusses Ilmenau und den Elbe-Seitenkanal.*



FOTO: © BBM/MARKUS TIEMANN

Die Jod-Sole-Therme mit ihrer großzügigen Badelandschaft, dem vielfältigen Saunaangebot und der allen Ansprüchen gerecht werdenden Wellnessoase, dem Spa & Vital Center, steht im Mittelpunkt des Urlaubs- und Gesundheitsangebotes der Stadt. Aktivurlauber erkunden die Umgebung rund um Bad Bevensen zu Fuß, mit dem Rad oder dem Kanu. Kulturinteressierte Gäste erfreuen sich an dem abwechslungsreichen Veranstaltungsangebot im Kurhaus oder den klassischen Musikreihen im Kloster Medingen.

Bad Bevensen ist seit 1975 als Mineralheilbad staatlich anerkannt und schmückt sich mit dem Prädikat „Jod-Sole-Heilbad“. Das Angebot des relativ jungen Kurortes richtet sich an Menschen, die in der ruhigen und waldreichen Umgebung etwas für ihre Gesundheit und die Erhaltung ihrer körperlichen Fitness tun wollen. Der weitläufige Kurpark mitten in der Stadt an der Ilmenau ist Ausgangspunkt für Spaziergänge und Wanderungen, beispielsweise zum bereits erwähnten Kloster Medingen.

Seit 1929 hat Bevensen das Stadtrecht inne, seit 1976 nennt sich der Kurort an der Ilmenau „Bad“ Bevensen. Mit der Erschließung der Thermal-Jod-Sole-Heilquelle 1968 und dem Bau des Kurzentrums entstand in den 70er-Jahren rund um die heutige Jod-Sole-Therme ein Kurviertel mit Hotels, Kliniken und Kurheimen. Der Flecken Bevensen zählt 1929 rund 2700 Einwohner. „Inzwischen wohnen rund 10 000 Menschen in Bad Bevensen“, weiß Stadtdirektor Martin Feller. Tendenz steigend.

Der weitläufige Kurpark und Fußgängerbrücken über die Ilmenau verbinden das Kurviertel und die Altstadt. Kurzentrum und Kurpark sind damit das Bindeglied zwischen dem „alten“ Stadtteil um Dreikönigskirche und Fußgängerzone und dem „neuen“ Bad Bevensen mit seinen Hotels und Pensionen.

Regionale Feste wie der Töpfermarkt, Stadt-, Heidekartoffel- und Schützenfest aber auch die verkaufsoffenen Sonntage ziehen regelmäßig viele Besucher in die Stadt der Jod-Sole-Therme.

Die Kurgesellschaft Bevensen GmbH, Betreiberin der Jod-Sole-Therme, hat nach der Pandemiezeit eine positive Entwicklung genommen. Die Gästezahlen sind zu 2020 gestiegen und die neuen beiden Jod-Sole-Grotten sind zu einem Anziehungspunkt geworden. Besonders das zertifizierte Heilwasser und die warmen Wassertemperaturen locken Gäste aus der gesamten Region an. Der Kurbetrieb nimmt ebenfalls wieder Fahrt auf, und das gesamtheitliche Gesundheitskonzept der Kurgesellschaft gewinnt immer weiter an Bedeutung. Der geplante Neubau der Saunalandschaft im August dieses Jahres wird dazu beitragen, dass die Therme langfristig ein beliebter Ort für Urlauber und Gäste aus der gesamten Region bleiben wird.

Dass sich unter der Erdoberfläche der Stadt eine warme Mineralquelle befindet, hat die Stadt maßgeblich geprägt. Diese Quelle soll nun auch den Weg der Stadt in die Zukunft begleiten. Sie will sich die unerschöpfliche und zuverlässige Energiequelle Erdwärme zu Eigen machen. Die Nutzung dieser Wärme wird auch Geothermie genannt. Ihre Stärke: Sie kann potenziell das gesamte Jahr über unabhängig von Jahres- und Tageszeit oder der Witterung verfügbar sein. So kann sie für die Stadt einen wichtigen Beitrag dazu leisten, unabhängig von klimaschädlichen Brennstoffen wie Kohle, Öl und Gas zu werden. Schon seit einigen Jahren arbeitet Bad Bevensen Schritt für Schritt daran, diese Erdwärme zu nutzen und mit Hilfe der Tiefen-Geothermie zentrale Gebäude wie das Kurhaus, die Jod-Sole-Therme sowie die großen Kliniken zu versorgen. „Gerade mit Hinblick auf die Energiekrise durch den Ukraine-Krieg ist unser Vorhaben der richtige Weg in die Zukunft“, ist Feller überzeugt. Die generellen Planungen liegen im Zeitplan und wenn alles weiterhin glatt läuft, wird in der zweiten Jahreshälfte 2025 gebohrt. Gegen Ende dieses Jahres stehen dafür noch seismische Untersuchungen an.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Bundesregierung und Landesregierung haben vor der Sommerpause ihre Haushaltsplanentwürfe für das Jahr 2025 vorgelegt. Beide verbinden dies mit der Vorlage einer mittelfristigen Finanzplanung bis 2028; die Bundesregierung zusätzlich mit einer Wachstumsinitiative. Die Landesregierung hat dies, wie in den letzten Jahren, unaufgeregt und geräuschlos bewerkstelligt. Auf Bundesebene stand einmal mehr der Fortbestand der Ampelkoalition in Frage.

Beide Haushalte stehen im Zeichen wirtschaftlich schwieriger Rahmenbedingungen, die auch im Finanzplanungszeitraum zu deutlich geringeren Steuereinnahmen als ursprünglich geplant führen. Weiterhin müssen beide Haushalte und Finanzplanungen die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten. Die finanzpolitischen Handlungsspielräume sind daher sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene überschaubar.

In beiden Haushalten gibt es einige aus kommunaler Sicht positive Positionen. Auf Bundesebene scheint sich beispielsweise abzuzeichnen, dass das KiTa-Qualitätsgesetz mit zwei Milliarden Euro fortgeführt wird. Davon könnten die niedersächsischen KiTa-Träger im Rahmen der Personalkostenerstattung profitieren, wenn das Land diese Mittel wie bisher an die KiTa-Träger durchleitet. Im Landeshaushalt sind in diesem Zusammenhang mit Blick auf die medizinische Versorgung die Schaffung von weiteren 80 Studienplätzen an der European Medical School in Oldenburg oder die Bereitstellung von weiteren 70 Millionen Euro für einen flächendeckenden Breitbandausbau in Niedersachsen zu erwähnen.

Natürlich gibt es auch Defizite. Der Etatentwurf der Bundesregierung enthält beispielsweise keine Fortschreibung des Digital-Pakts-Schule; ebenso fehlt eine Förderung von kommunalen Investitionen in den quantitativen KiTa-Ausbau (Stichwort RAT V). Auf Landesebene hat uns als Städtetag die beabsichtigte Kürzung beim Integrationsfonds für Kommunen angesichts des aktuell nach wie vor immensen Bedarfs an Integrationsleistungen für Geflüchtete in hohem Maße irritiert.

Was beide Haushalte allerdings überhaupt nicht, auch nicht im Ansatz, abbilden, sind Antworten auf die großen finanziellen Verwerfungen zwischen den Ebenen. In einigen Bereichen haben sich die Kommunen nämlich zum Ausfallbürgen oder Schattenhaushalt von Bund und Ländern entwickelt, in anderen ist dies zu befürchten. Das betrifft insbesondere die Bereiche Krankenhäuser, Bildung und ÖPNV.

Nach wie vor schließen die kommunalen Träger von Krankenhäusern für Krankenkassen, Bund und Länder Lücken bei der Betriebs- und Investitionskostenfinanzierung. Nach wie vor werden bundes- und landespolitisch gewünschte bildungspolitische Aktivitäten mit hohen Standards wie Kindertagesstätten, Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung oder Digitalisierung in Schulen nicht hinreichend finanziert. Und nach wie vor ist eine auskömmliche Finanzierung des Deutschlandtickets ab 2025 ebenso wenig geklärt wie die Finanzierung der Verkehrswende durch ein signifikant verbessertes Angebot im ÖPNV. Während Bundes- und Landespolitik hier kühne Visionen für die Jahre nach 2035 entwickelt, sehen sich die kommunalen Aufgabenträger aktuell manchenorts mit der Frage konfrontiert, ob nicht Angebote eingeschränkt werden müssen.

Das Grundproblem, dass Bund und Länder den Kommunen immer weitere Aufgaben zuweisen und Standards erhöhen, ist nach wie vor nicht behoben. Das Aufgabenübertragungsverbot vom Bund auf die Kommunen und das Konnexitätsprinzip funktionieren in der Praxis nicht. Das beste Beispiel wie Bund und Länder gemeinsam daran gearbeitet haben, diese Prinzipien auszuhebeln, ist die Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab 2026.

Besonders kritisch wird das in Zeiten, in denen den Kommunen die Kosten davonlaufen und das Geld nicht einmal reicht, um bestehende Aufgaben zu finanzieren. Unsere Mitglieder haben bei der Aufstellung ihrer Haushalte 2025 und Finanzplanungen bis 2028 einmal mehr die Erfahrung machen müssen, zur Finanzierung von Pflichtaufgaben entweder freiwillige Leistungen zu kürzen, Abgaben zu erhöhen oder in die Verschuldung gehen zu müssen.

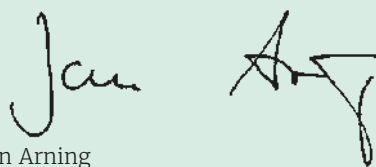
Es wäre naiv zu glauben, dass die Fachpolitiker in Bund und Ländern ihr Verhalten ändern werden. Also wird man die Lösung, wenn man in Bund und Ländern denn überhaupt eine Lösung will, über eine Verfassungsänderung herbeiführen müssen. Ansatzpunkte können das Aufgabenübertragungsverbot aber auch die Schuldenbremse sein. Denn wenn zwei staatliche Ebenen sich eine Schuldenbremse verordnen, ist das – das zeigt die aktuelle Staatspraxis – auch ein Vertrag zu Lasten der dritten staatlichen Ebene, nämlich der Kommunen. Das darf nicht so bleiben.



**Dr. Jan Arning**  
Hauptgeschäftsführer

Herzliche Grüße aus Hannover!

Ihr  
Dr. Jan Arning





# w!ssenstransfer

## Online-Seminare Spätsommer 2024 – Auszug

Alle Seminare jederzeit aktuell  
unter [www.wissenstransfer.info](http://www.wissenstransfer.info)

Datum	Thema	Dozent:in / Trainer:in
27.8.24	<b>Vergaberecht – Beschaffung sozialer Dienstleistungen</b>	Dr. Fabio Ruske
28.8.24	<b>Das neue Datenschutzrecht in der kommunalen Bau- und Umweltverwaltung</b>	Dipl.-Ing. Harald Toppe RA Jürgen Toppe
29.8.24	<b>Feuerwehren: Abrechnung von Einsätzen</b>	Tanja Potulski
2.9.24	<b>Heizkosten erfassen, umlegen, abrechnen und prüfen</b>	Frank-Georg Pfeifer
3.9.24	<b>Leichter Texte schreiben im Verwaltungsalltag – Grundlagen</b>	Roman Rose
4.9.24	<b>Praxisbezogene Basisschulung Vergaberecht – Modul 1</b>	Dr. Fabio Ruske
9.9.24	<b>Entwicklung touristischer Angebote – zum Beispiel „Erlebnis-Inszenierung“</b>	Corinna Busch
9.9.24	<b>Wirtschaftlichkeitsberechnung von IT-Vorhaben</b>	Mesmin Jugna
10.9.24	<b>Kommunalrecht: Grundlagen des Kommunalrechts (NKomVG)</b>	Stefan Wittkop
11.9.24	<b>Nachhaltigkeitsmanagement bei kommunalen Gebäuden</b>	Denny Karwath
12.9.24	<b>Feuerwehren: Abrechnung von Einsätzen – Vertiefung und Handreichungen</b>	Tanja Potulski
12.9.24	<b>Ausschreibung von IT-Lösungen, TK-Anlagen und Infrastruktur – Effektives Vorgehen und Fallstricke vermeiden!</b>	Dieter Olowson
13.9.24	<b>Versammlungsrecht – Grundlagen und aktuelle Probleme</b>	Prof. Dr. Mattias G. Fischer
16.9.24	<b>Kommunalverwaltung für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger</b>	Birgit Beckermann
16.9.24	<b>Der Hype um Ziele ist neu entflammt – Zielentwicklung und Arbeit mit Zielen in der Kommune</b>	Dr. Dino André Schubert
17.9.24	<b>Zwangsgeld, Ersatzvornahme und Unmittelbarer Zwang – Vollstreckung von Verwaltungsakten nach dem NPOG</b>	Uwe Bee
18.9.24	<b>Praxisbezogene Basisschulung Vergaberecht – Modul 2</b>	Claudius Reich
19.9.24	<b>Denkmalschutz für die kommunale Praxis – ein Grundkurs</b>	Tobias Roß
19.9.24	<b>Kindertagesstätten – Wie kann der Rechtsanspruch auf Betreuung bei Fachkräftemangel und reduzierten Öffnungszeiten noch gewährleistet werden?</b>	Dr. Beate Schulte zu Sodingen
23.9.24	<b>Die optimale Gestaltung des Bürgerbüros</b>	Oliver Massalski
24.9.24	<b>Bestattungspflicht oder Totensorge – worauf es ankommt</b>	Dr. Thomas Horn
25.9.24	<b>Datenschutz im Vergaberecht</b>	Dipl.-Ing. Harald Toppe
25.9.24	<b>Beschlussvorlagen gekonnt schreiben</b>	Roman Rose
26.9.24	<b>Stellenbesetzungsverfahren bei einem „gemischten“ Bewerberfeld – Der Vergleich von Beamtinnen und Beamten mit Tarifbeschäftigten</b>	Lena Dirksen
27.9.24	<b>Social Media im Überblick – Trends, Chancen und Risiken</b>	Daniela Vey
30.9.24	<b>Eingruppierungsfragen bei Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern in die Verwaltung</b>	Detlef Schallhorn
1.10.24	<b>Kommunalrecht: Die Organzuständigkeiten nach NKomVG</b>	Stefan Wittkop
1.10.24	<b>Die Arbeit im Bürgerbüro 3 – Auskunftssperren und bedingte Sperrvermerke im Meldewesen</b>	Kai Roegglen





## Landesgartenschau 2026 in Bad Nenndorf – hier blüht die Vielfalt!

*Ausrichter der achten niedersächsischen Landesgartenschau wird die Stadt Bad Nenndorf vom 29. April 2026 bis zum 18. Oktober 2026 sein. Sie darf somit Gastgeberin für Hunderttausende Menschen sein, die sich hier, vor den Toren von Hannover, verzaubern lassen: von prachtvollen Blumenbetten, kreativen Schauflächen, kunstvollen Themengärten und mehr als 1000 Veranstaltungen, die erinnerungswürdige Erlebnisse versprechen.*

Die Schönheit der Gartenkunst, die Vielfalt der Pflanzenwelt sowie der Wert von Natur und Umwelt stehen 173 Tage lang im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die LaGa Bad Nenndorf legt darüber hinaus weitere Schwerpunkte, die Interessen aller Altersgruppen abbilden sollen.

Generell steht das Erleben im Mittelpunkt der Bestrebungen. Ein Punkt sind Spiel, Spaß und Abenteuer, ein weiterer Aspekt sind Wissen und Geschichte. In der sogenannten Wunderwerkstatt, dem Grünen Klassenzimmer, steht die Bildung im Fokus – „und zwar für Neugierige aller Altersgruppen“, wie die Organisatoren betonen.

„Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, eine Umgebung und ein Programm zu schaffen, in der und in dem jeder etwas findet, das ihn begeistert“, sagt LaGa-Geschäftsführer Benjamin Lotz. „Wir brennen dafür, die Landesgartenschau für Bad Nenndorf, die Region und alle Besucherinnen und Besucher zu einem unvergesslichen Erlebnis zu machen“, so Lotz weiter.

### Besprechungen im Grünen

Die LaGa Bad Nenndorf eignet sich durch die enge Verbindung zur Kur- und Tourismusgesellschaft auch hervorragend für Tagungen im Grünen, Firmenveranstaltungen sowie Betriebsausflüge. Direkt angrenzend an das LaGa-Gelände gibt es mehrere modern ausgestattete Tagungsräume. Im Anschluss könnte – was nur eine von vielen Möglichkeiten ist – auf der Wiese vor dem Schlosschen im Kurpark der Sonnenuntergang bei kühlen Getränken und einem Barbecue genossen werden.

Üblicherweise tagen auch Gremien des Niedersächsischen Städtetages auf Landesgartenschauen im Bundesland. Hier sei an der Stelle schon einmal eine herzliche Einladung ausgesprochen. „Ich freue mich schon darauf, die Kolleginnen und Kollegen aus ganz Niedersachsen hier begrüßen zu dürfen“, sagt Stadtdirektor Mike Schmidt.

### Bad Nenndorf blüht auf

Die Kurstadt ist denkbar günstig gelegen zwischen den Tourismus-Magneten Deister und Steinhuder Meer. Zudem ist das Weserbergland, zu welchem Schaumburg gehört, bekannt für



FOTOS (2): MARIE-CHRISTIN PRATTSCH

die Bauten aus der Weserrenaissance sowie als Fahrradregion. Die Landesgartenschau soll das Interesse dieser Zielgruppen wie ein Brennglas auf Bad Nenndorf lenken. Der Standort vor den Toren Hannovers wird durch die Investitionen in den Tourismus und die Infrastruktur attraktiver. Ein Beispiel dafür ist der naturnahe Wohnmobilstellplatz, der nach modernsten Standards geplant wird.

Durch die Landesgartenschau erhält Bad Nenndorf eine achtstellige Summe an Fördermitteln, die zweckgebunden für Investitionen in die Zukunft genutzt werden kann. Einerseits werden damit Sanierungen in dem englischen Landschaftsgarten vorgenommen, die seit Jahren notwendig sind. Hier ist besonders wesentlich, dass auch der höchste Punkt des Kurparkes, der Galenberg, künftig barrierefrei erreicht werden kann.

Andererseits werden in einem kurzen Zeitfenster Pläne umgesetzt, die sonst wohl noch lange Zeit auf der Wunschliste verblieben wären. So soll die sogenannte Liegehalle, das einstige Juwel am Rande der welteinmaligen Süntelbuchenallee, in neuem Glanz

erstrahlen. Vor ihr wird sich eine neue Teichanlage erstrecken, zu der großzügige Stufen herabführen. Diese Art von nachhaltigen Verbesserungen, die Bad Nenndorf über die LaGa 2026 hinaus erhalten bleiben, sind der größte Motivator für das Team, welches durch einen engagierten Förderverein unterstützt wird.

### Der Weg zur Ausrichtung

„Die Großveranstaltung ist eine riesige Chance für die Entwicklung des Kurortes“, wie Stadtdirektor Schmidt betont. Beflügelt durch die ausgesprochen guten Eindrücke aus Bad Iburg entschied sich der Rat dazu, eine Machbarkeitsstudie für die Umsetzung einer LaGa in Bad Nenndorf in Auftrag zu geben. Als diese positiv ausfiel, bewarb sich Bad Nenndorf im September 2021 um die Ausrichtung. Die Zusage kam Anfang 2022 – seitdem wird mit Hochdruck an den Vorbereitungen gearbeitet.

Ende 2022 konstituierte sich der Aufsichtsrat der LaGa gGmbH, Stadtdirektor Schmidt führt seitdem den Vorsitz. Die Geschäftsführung der neu gegründeten Gesellschaft übernahm Benjamin Lotz, welcher auch die Geschicke der Kur- und Tourismusgesellschaft Staatsbad Nenndorf mbH leitet. Als Co-Geschäftsführung folgte wenig später Annette Stang, die zudem Bauamtsleiterin der Kommune ist.

Das Programm für die Großveranstaltung wird aktuell erarbeitet. Erste Eindrücke vom Gelände gibt es bereits auf [www.laga-badnenndorf.de](http://www.laga-badnenndorf.de) zu sehen – dort werden nach und nach alle wesentlichen Informationen ergänzt. Auf dem Laufenden bleiben Interessierte auch auf den Social-Media-Kanälen der LaGa Bad Nenndorf 2026 sowie im Newsletter, der die Neuigkeiten jeden Monat kurz und knapp zusammenfasst.

### Kontakt

Landesgartenschau Bad Nenndorf gGmbH  
Hauptstraße 4, 31542 Bad Nenndorf  
E-Mail: [gruppen@laga-badnenndorf.de](mailto:gruppen@laga-badnenndorf.de)  
Telefon: 05723 704 103  
[www.laga-badnenndorf.de](http://www.laga-badnenndorf.de)



## Auf einen Blick

Landesgartenschau  
Bad Nenndorf

Hier blüht Vielfalt!

29. April 2026 bis  
18. Oktober 2026



### Haftungsbeschränkung für externe Links

Die NST-N enthalten Verknüpfungen zu Webseiten Dritter (sog. „externe Links“). Da wir auf deren Inhalte keinen Einfluss haben, kann für die fremden Inhalte keine Gewähr übernommen werden. Für die Inhalte und Richtigkeit der Informationen ist stets der jeweilige Informationsanbieter der verlinkten Webseite verantwortlich. Zum Zeitpunkt der Verlinkung waren keine Rechtsverstöße erkennbar. Sobald uns eine Rechtsverletzung bekannt wird, werden wir den jeweiligen Link umgehend entfernen.



## NST-N im Gespräch...

...mit der Niedersächsischen Ministerin für Inneres und Sport, Daniela Behrens

**NST-N:** Die Amtszeiten der Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamten sollen angehoben werden. Welche Position nehmen Sie in der Diskussion ein? Und wann werden die neuen Vorgaben umgesetzt?

**Daniela Behrens:** In der Diskussion um die künftige Amtszeitdauer der Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamten haben Ministerpräsident Weil und ich uns sehr früh für eine Verlängerung ausgesprochen. Insofern bin ich mit der jetzt getroffenen Entscheidung der Regierungsfractionen für eine Amtszeit von acht Jahren sehr zufrieden. Ich kann mir gut vorstellen, dass die Bereitschaft von geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten, ein solches besonderes kommunales Leitungsamt zu übernehmen, bei einer längeren Amtszeitdauer steigen wird. Das Vorhaben genießt bei uns deshalb hohe Priorität. Potenzielle Bewerberinnen und Bewerber können sich bereits jetzt auf diese Rechtsänderung einstellen. Wir werden unseren Teil tun und sie so schnell wie möglich umsetzen.

**NST-N:** Die Finanzsituation der kommunalen Ebene insgesamt hat sich flächendeckend dramatisch eingetrübt. Die Ausgaben für bestehende und neu hinzukommende Aufgaben – wie Schule und Kitas, das Aufrechterhalten der niedersächsischen Krankenhauslandschaft, die Unterbringung Geflüchteter oder der Bereich ÖPNV – steigen immer weiter an, ohne dass deren gesamtstaatliche Ausfinanzierung sichergestellt würde. Gleichzeitig bestehen erhebliche Sanierungsbedarfe an der kommunalen Infrastruktur. Derzeit wird der horizontale kommunale Finanzausgleich evaluiert. Die Auseinandersetzung mit der Frage der Verteilung der Mittel innerhalb der kommunalen Ebene löst aber das Problem der strukturellen Unterfinanzierung eben dieser nicht. Inwiefern setzen Sie und Ihr Ressort sich für eine Aufstockung des vertikalen kommunalen Finanzausgleichs ein?

**Behrens:** Ich beobachte die finanzielle Situation der Kommunen kontinuierlich und auch ein Stück weit mit Sorge. Momentan ist in der Tat eine flächendeckende Eintrübung der Finanzlage der Kommunen zu erkennen, die sich insbesondere aus den Haushaltsplanungen für dieses und die nachfolgenden Haushaltsjahre herleiten lässt. Allerdings lässt sich auf der Grundlage der Ist-Ergebnisse der vergangenen Jahre feststellen, dass sich die Finanzlage der Kommunen in den von Krisen geprägten Jahren insgesamt als stabil erwiesen hat. Ein dramatisches Abrutschen der Finanzlage ist glücklicherweise nicht festzustellen.

Um die Wirkungsweise des kommunalen Finanzausgleichs auch künftig zu sichern, hat die Landesregierung eine Expertenkommission eingerichtet. Sie begutachtet unter Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise die horizontale Verteilungssystematik, also die Verteilung der finanziellen Mittel auf die einzelnen Kommunen. Ich gehe davon aus, dass das Gutachten der Kommission in der zweiten Jahreshälfte vorliegen wird. Da die Ergebnisse einer horizontalen Begutachtung des Finanzausgleichs immer auch interkommunale Verschiebungen der Finanzzuweisungen zu Folge haben, gehe ich davon aus, dass sich hieran auch eine Diskussion über den vertikalen Finanzausgleich anschließen wird. Die Landesregierung wird auch in diesem Zusammenhang die Finanzausstattung der Kommunen bewerten und daraus Schlussfolgerungen ziehen.

**NST-N:** Die Finanzierung der für die Versorgung Geflüchteter anfallenden Kosten ist zwischen Bund und Ländern im vergangenen Jahr zäh verhandelt worden. Es ist absehbar, dass damit die kommunalen Kosten für die Unterbringung nicht abgedeckt werden können. Unberücksichtigt bleibt auch der Aufwand, den die Kommunen für die Integration leisten, und der Umstand, dass sich in weiteren Bereichen der kommunalen Infrastruktur – beispielsweise bei Schulen und Kitas – ebenfalls neue Bedarfe ergeben. Inwieweit leistet das Land Niedersachsen weiterhin einen Ausgleich dazu, dass Sonderbelastungen, die durch einen erhöhten Zuzug entstehen, ausgeglichen werden, etwa über den Integrationsfonds?

**Behrens:** Mir ist sehr bewusst, dass die weiterhin hohen Zugangszahlen von Geflüchteten die Kommunen organisatorisch und finanziell vor besondere Herausforderungen stellt. Den kommunalen Leistungsträgern werden im Rahmen der Kostenabgeltungspauschale die Ausgaben vollumfänglich erstattet, die unmittelbar durch die Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes entstehen. Zusätzlich wird derzeit der erforderliche Gesetzentwurf zur vollständigen Weiterleitung der durch die finanzielle Unterstützung des Bundes entstehenden Mehreinnahmen in Höhe von 115 Millionen Euro an die Kommunen vorbereitet. Diese Mittel sollen unter anderem dazu dienen, etwaige Sonderbelastungen der niedersächsischen Kommunen abzufedern.

Der mit zehn Millionen Euro jährlich aufgelegte Integrationsfonds hat in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, Städte und Gemeinden zu unterstützen, die eine hohe Anzahl geflüchteter Menschen aufgenommen haben und die sich aufgrund dieses besonders hohen Zuzugsgeschehens besonders akuten, integrativen Herausforderungen stellen mussten. Dieses Förderprogramm läuft zum Ende des Jahres aus. Eine Verlängerung wird derzeit geprüft, wobei wir auch die mit dem Förderprogramm gesammelten Erfahrungen der vergangenen Jahre einbeziehen.

**NST-N:** *Der Niedersächsische Städtetag begrüßt die Einführung einer Bezahlkarte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und spricht sich für ein einheitliches und niedersachsenweit verbindliches System aus. Wie sehen Sie die Chancen, dass unter diesen Vorzeichen eine solche Bezahlkarte eingeführt wird?*

**Behrens:** Die Unterstützung des Niedersächsischen Städtetages in Bezug auf die Einführung der Bezahlkarte in Niedersachsen begrüßen wir sehr. Wir teilen den Wunsch nach einer einheitlichen und flächendeckenden Einführung der Bezahlkarte in Niedersachsen. Nach Abschluss des aktuell laufenden Vergabeverfahrens wollen wir schnellstmöglich in die Umsetzung gehen.

**NST-N:** *Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetz ist weit hinter der ursprünglichen Zielsetzung zurückgeblieben. Die Kommunen fühlen sich von Bund und Land nicht ausreichend unterstützt. Das gilt sowohl finanziell als auch bei der Berücksichtigung ihrer Anforderungen. Was können Kommunen auch mit Blick auf das OZG 2.0 zukünftig vom Land erwarten?*

**Behrens:** Die Umsetzung des OZG ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben, weil sich die Komplexität und die bestehenden rechtlichen und technischen Herausforderungen erst im Laufe der Umsetzung gezeigt haben. Das Land Niedersachsen hat schon 2018 ein Projekt zur Unterstützung der Digitalisierung in Kommunen aufgelegt und bietet seitdem eine Vielzahl von technischen und auch finanziellen Unterstützungen an. Neben der kostenlosen Bereitstellung vieler Onlinedienste stehen alleine dieses Jahr etwa zehn Millionen Euro für die Digitalisierung in den Kommunen zur Verfügung. Für die Folgejahre übernehmen wir die Betriebskosten für die wichtigsten Onlinedienste und stellen kostenlos Basisdienste bereit. Der Bund hat über das Konjunkturpaket die Entwicklung vieler Onlinedienste finanziert. Darüber hinaus läuft gerade ein Programm über sechs Millionen Euro mit einer Beratungsunterstützung zur Entwicklung von Digitalisierungsstrategien, bei dem 270 Kommunen mitmachen. Die Wahrnehmung einer mangelnden Unterstützung kann ich daher nicht teilen. Jetzt sind die Kommunen gefordert, die fertigen Onlinedienste auch in ihre Strukturen zu integrieren. Zur Unterstützung dieser Aufgabe steht ein vom Land finanziertes Konsortium von IT-Dienstleistern bereit, das hoffentlich umfänglich in Anspruch genommen wird.



**SCHRIFTTUM**

## **Kommentar zum Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD)**

Clemens, Scheuring, Steingen, Wiese, Bredendiek, Bürger, Geyer, Görgens, Hebler und Kley

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, Loseblattwerk, ca. 14 340 Seiten; 238 Euro, einschl. elf Ordner, ISBN 978-3-415-03622-2

Das Praktikerwerk enthält die Texte des TVöD, der Überleitungstarifverträge und der Spartentarifverträge sowie der sonstigen Tarifverträge. Die erfahrenen Autoren des seit Jahrzehnten anerkannten Großkommentars gewährleisten die kompetente und praxisgerechte Darstellung. In elf Ordnern beinhaltet der Kommentar neben den Texten der Tarif- und Überleitungstarifverträge auch deren Kommentierungen inklusive der Entgeltordnung des Bundes und der Entgeltordnung für Kommunen.

Die **149. Ergänzungslieferung**, erschienen am 6. Mai 2024, ist auf dem **Stand März 2024**.

Die Ergänzung startet mit der Auswertung der Rechtsprechung zum Entgelttransparenzgesetz und zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, zur Beteiligung des Betriebsrats bei der Stellenausschreibung, ferner zum Begriff der Versetzung in § 4 TVöD sowie zur Rückzahlung von Ausbildungskosten bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses (§ 5 TVöD).

Außerdem werden bei § 2 TVöD Hinweise zum Vollzug des Verpflichtungsgesetzes aufgenommen und bei § 3 TVöD Erläuterungen zum Hinweisgeberschutzgesetz eingefügt.

Auf die Rundschreiben des BMI vom 5.12.2022 mit Änderungen bei der Arbeitskampfrichtlinie des Bundes und vom 14.11.2023, wonach für die Anzeige von Nebentätigkeiten die Textform statt der Schriftform ausreicht, wird bei § 3 TVöD eingegangen. Die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns findet Berücksichtigung bei § 15 TVöD und die Neufassung der Arbeitsmarkt-Richtlinie und der Fachkräfte-Richtlinie der VKA vom 10.11.2023 bei § 16 (VKA) TVöD.

Schwerpunkt der 149. Ergänzung ist hingegen im Teil IIIa des Werkes die Aktualisierung und Neuaufnahme von Erläuterungen zu Teil III der Entgeltordnung Bund. Dies betrifft die Abschnitte 7 (Bauzeichner), 15 (Fotolaboranten), 16 (Fremdsprachendienst), 30 (Laboranten), 38 (Reproduktionstechn. Beschäftigte), 42 (Techn. Assistenten) und 45 (Vermessungstechniker).

Außerdem haben die zum Tarifvertrag Versorgungsbetriebe (TV-V) vereinbarten Änderungstarifverträge Nr. 16 vom 14.7.2022 und Nr. 17 vom 22.4.2023 Eingang gefunden in Text und Kommentierung des TV-V im Teil VIII des Werkes.

Im Teil IX des Werkes wurden schließlich die abgedruckten Vorschriften des BEEG und des SGB III aktualisiert.



# Städtetag gratuliert Ulrich Mädge zur Verleihung des Verdienstkreuzes 1. Klasse des Niedersächsischen Verdienstordens

*Zur Verleihung des Verdienstkreuzes 1. Klasse des Niedersächsischen Verdienstordens an den Oberbürgermeister a.D. der Hansestadt Lüneburg und an den ehemaligen Präsidenten des Niedersächsischen Städtetages, Ulrich Mädge, gratuliert die Verbandsspitze sehr herzlich. „Vollkommen zu Recht hat Ulrich Mädge diese besondere Auszeichnung von Ministerpräsident Stephan Weil erhalten. Seine herausragenden Verdienste für die kommunale Selbstverwaltung und für die kommunalen Spitzenverbände erhalten damit eine besondere Anerkennung und Würdigung“, betont der Präsident des Niedersächsischen Städtetages, Oberbürgermeister Frank Klingebiel (Stadt Salzgitter).*

„Sage und schreibe 24 Jahre war Ulrich Mädge – neben seinen Aufgaben als Oberbürgermeister der Hansestadt Lüneburg – an der Spitze des Niedersächsischen Städtetages. Das hat vor ihm noch niemand geschafft“, ergänzt Vizepräsident Jürgen Krogmann, Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg.

Gemeinsam erklären Klingebiel und Krogmann: „Für diesen unermüdlichen Einsatz, für seine klare Stimme und seine klare Haltung danken wir Ulrich Mädge. Die Herausforderungen und Krisen der letzten Jahre haben wir gut bewältigen können, weil wir uns im Verband aufeinander verlassen konnten, und vertrauensvoll zusammengearbeitet haben.“



**Große Ehre für Alt-OB Ulrich Mädge am Montagabend in Hannover: Ministerpräsident Stephan Weil hat Mädge das Verdienstkreuz 1. Klasse des Niedersächsischen Verdienstordens verliehen**



**Frank Klingebiel, Ulrich Mädge mit Ehefrau Carola**

## Ergebnisse der diesjährigen Haushaltsklausur der Landesregierung: Die wesentlichen Herausforderungen bleiben

VON DR. KIRSTEN HENDRICKS

*Am 23. und 24. Juni 2024 fand die diesjährige Haushaltsklausur der Landesregierung statt, in der die maßgeblichen Weichen für den Haushalt 2025 gestellt und die Schwerpunkte festgelegt wurden. Für die Städte, Gemeinden und Samtgemeinden bleiben damit zwei wesentliche haushalterische Herausforderungen auch für das kommende Jahr bestehen.*



**Dr. Kirsten Hendricks**  
ist Geschäftsführerin  
des Niedersächsischen  
Städtetages

### Voraussetzungen und Schwerpunkte

Der Landeshaushalt 2023 hatte mit einem Gesamtüberschuss i.H.v. rund 1,5 Milliarden Euro abgeschlossen, der Haushaltsentwurf 2025 sieht mit knapp 44,2 Milliarden Euro rund 1,6 Milliarden Euro mehr vor als der des laufenden Jahres. Bereits im vergangenen Jahr hatte die Landesregierung allerdings auch langfristig Mittel späterer Jahre verplant, insbesondere für die Bereiche Anhebung der Lehrkräftebesoldung und das Sondervermögen für Krankenhausinvestitionen i.H.v. rund drei Milliarden Euro (inkl. kommunalem Anteil) auf zehn Jahre gerechnet. Bereits im Vorfeld zur Haushaltsklausur hatte das Land sodann auch darauf verwiesen, dass die Spielräume mit Blick auf die langfristigen Finanzfolgen bestehender Vorhaben gering seien. Die letzte Mittelfristige Planung (MiPla) weise demnach ein strukturelles Finanzierungsdefizit auf, das insbesondere in 2026 und 2027 mit über einer halben Milliarde Euro Entnahmen aus der Rücklage gegenfinanziert werden müsse. Mit dem Haushaltsvorschlag 2025 möchte die Landesregierung insbesondere folgende Projekte anschieben:

- 2460 Lehrkräftestellen zur Unterstützung der Unterrichtsversorgung, davon ca. 1300 durch Aufhebung bestehender Stellensperrungen,
- zusätzliche Mittel für Hochwasser- und Klimaschutz sowie Klimafolgenanpassungen, in 2025 laut Haushaltsplanentwurf 15 Millionen Euro und 2026 bis 2048 rund 250 Millionen Euro,
- 300 Millionen Euro bis 2028 zusätzlich für die Digitalisierung der Landesverwaltung und
- die Stabilisierung der Mittel für die Straßeninfrastruktur des Landes.

Kommunale Relevanz haben zudem zwei Schwerpunktvorhaben:

- der Ausbau der Medizinstudienplätze an der European Medical School in Oldenburg um 80 auf dann 200 Studienplätze, denn gerade für die Zukunft der ambulanten medizinischen Versorgung in den ländlichen Räumen mit jetzt bereits spürbarem Mangel an Ärztinnen und Ärzten ergibt sich hier ein Bedarf,
- und die für 2025 vom Land zur Kofinanzierung von Bundesprogrammen zur Verfügung gestellten 70 Millionen Euro für einen flächendeckenden Breitbandausbau, da der Eigenanteil von den Kommunen allein nicht zu stemmen wäre.

Daneben gibt es weitere kleinere kommunalrelevante Projekte, etwa 3,5 Millionen Euro pro Jahr für die Förderung kommunaler Theater, eine Summe die aber die Tarifsteigerungen nicht auffangen wird, oder eine Weiterführung des Programms Zukunftsräume für Klein- und Mittelstädte mit fünf Millionen Euro. Angekündigt ist auch pauschal eine zusätzliche Ko-Finanzierung von EU- und Bundesmitteln in Höhe von rund 149 Millionen Euro bis 2028. Beispielhaft genannt werden die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz und der Infrastrukturausbau Ganztagsbetreuung Grundschule, ohne dass hier bereits Näheres bekannt wäre.

### Bestehende Herausforderungen für 2025

Aus Sicht der Städte, Gemeinden und Samtgemeinden fehlen aber insbesondere zwei große Schwerpunkte: die Kitafinanzierung und eine Lösung für das aktuelle Finanzierungsdilemma der Krankenhäuser, insbesondere hinsichtlich der Betriebskosten. Die Kommunalen Spitzenverbände hatten hier im Vorfeld der Haushaltsklausur auf einen Lösungsansatz des Landes gedrängt.



Im Kitabereich ergibt sich bei den Betriebskosten insbesondere aufgrund der Berechnung der Jahreswochenstundenpauschale über eine unzureichende Bemessungsgrundlage, die die Tarifsteigerungen der vergangenen Jahre nicht abbildet, ein deutliches Delta zulasten der Kommunen. Der gesetzlich festgelegte prozentuale Anteil wird dadurch nicht erreicht mit der Folge, dass den Kommunen mittlerweile über zwei Milliarden Euro jährlich an ungedeckten Kosten verbleiben. Für die bisherigen Förderprogramme für Investitionen in diesem Bereich, die zu einem Großteil mit Bundesmitteln arbeiteten, ist keine Fortsetzung auf dieser Ebene vorgesehen. Hier ist im Rahmen der Klausur mit Blick auf den Landeshaushalt 2025 keine Abhilfe geschaffen worden.

Für den Bereich der stationären medizinischen Versorgung sieht es ähnlich aus. Zwar sind die 80 weiteren Medizinstudienplätze an der European Medical School in Oldenburg ein richtiger Schritt für die Zukunft der ambulanten medizinischen Versorgung, der mit Blick auf die Ausbildungsdauer langfristig Wirkung entfaltet. Derzeit ergibt sich jedoch kurzfristig ein ernsthaftes Problem für die flächendeckende stationäre medizinische Versorgung im Land. Die Landkreise und kreisfreien Städte sowie die weiteren Städte, die Krankenhausträger sind, haben in 2023 über 600 Millionen Euro unzuständigerweise für die Stützung ihrer Krankenhäuser insb. für ungedeckte Betriebskosten aufgebracht, um diese vor der Insolvenz zu bewahren. Der Bund scheint hier weiterhin auf eine kalte Marktbereinigung bis zum Greifen der Krankenhausreform 2026 zu setzen, ohne dabei danach zu differenzieren, ob dieses Vorgehen auch für die Versorgung der Bevölkerung dringend benötigte Einrichtungen gefährdet. Die kommunale Ebene übernimmt hier – zwangsläufig zulasten anderer Aufgaben, die sie zu finanzieren hätte – die Verantwortung für das Unterlassen anderer. Hier sind seitens des Landes mit dem Vorschlag für den Haushalt 2025 weiterhin keine Mittel zur Unterstützung der Kommunen vorgesehen.

Auch bei anderen Themen wie etwa dem finanziellen Ausgleich für die Umsetzung der Wohngeldreform, für den das zuständige Niedersächsische Wirtschaftsministerium Konnexität grundsätzlich anerkannt hat, wurde die AG KSV hinsichtlich der konkreten Höhe der Ausgleichsmittel auf die Haushaltsklausur der Landesregierung verwiesen. Im Ergebnis hat das Land nun mit 29 Millionen Euro nahezu die Summe aufgerufen, die von der AG KSV auf Basis der Rückmeldungen zum Personalbedarf angemeldet worden war (33 Millionen Euro allein für das Jahr 2023), allerdings soll die genannte Summe dem Vernehmen nach zwei Jahre abdecken, 2024 und 2025, obwohl die Kommunen mit der Umsetzung der Wohngeldreform bereits am 1.1.2023 begonnen haben.

Mit Blick auf die im Juniplenium verabschiedete NBauO-Novelle und insb. die dort entfallender Stellplatznachweispflicht für Wohngebäude ist aus Verbandssicht zumindest eine Konnexitätsvorsorge notwendig, wobei man noch einmal deutlich sagen muss, dass mit Blick auf die sehr unterschiedlichen Voraussetzungen in den Städten, Gemeinden und Samtgemeinden ein finanzieller Ausgleich immer nur die zweite Wahl gegenüber der bisherigen gesetzlichen Regelung mit ihren vielfältigen Möglichkeiten ist. Bei konservativer Kalkulation entfallen hier für die niedersächsischen Kommunen jährlich über 55 Millionen Euro für Verkehrsgestaltung und Verkehrswende – in Form von Stellplätzen, die sie dann als Träger der Straßenbaulast nun selbst schaffen müssen, in Form der ersatzweise zu zahlenden Stellplatzablässe, die zweckgebunden für Verkehrsprojekte verwendet wird, oder als Hebel zur stattdessen erfolgenden Beteiligung der Bauträger an Projekten wie Carsharing, kostenlosen ÖPNV-Tickets für die Bewohnerinnen und Bewohner oder Lastenrad-Einstellplätzen als Ersatz für die Stellplatzablässe. Die kommunizierten Ergebnisse der Haushaltsklausur sehen hier keine Kompensation vor.

Ein weiteres Thema, dass den Kreis der hier besonders betroffenen Städte ernsthaft beschäftigt, ist die für die kommenden Jahre vorgesehene deutliche Kürzung der Mittel des Integrationsfonds. Die Richtlinie unterstützt die Kommunen, die aufgrund einer überproportional hohen Zuwanderung von Schutzberechtigten einen besonders großen Teil der Integrationsarbeit des Landes zu tragen haben. Es geht darum, Gebiete zu stabilisieren, soziale Brennpunkte zu vermeiden, Teilhabe zu ermöglichen, den sozialen Zusammenhalt zu sichern, die Abhängigkeit von unterhaltssichernden Leistungen mittelfristig zu reduzieren und allgemein integrativen Problemen zu begegnen. Die Herausforderungen in diesem Themenfeld bestehen mit Blick auf die aktuelle Lage weiterhin fort.

### Fazit

Das Thema der auskömmlichen Finanzierung von Aufgaben wird die kommunale Ebene auch im kommenden Jahr begleiten. Das trifft die Städte, Gemeinden und Samtgemeinden in einer flächendeckend finanziell schwierigen – und absehbar noch schwieriger werdenden – Situation, in der die Kosten der übertragenen Aufgaben ihnen davonlaufen und sich am Ende notgedrungen die Frage stellt, wie Daseinsvorsorge im bisherigen Maße aufrecht-erhalten werden soll.



FOTO: JENNIFER BULLERT

Blick auf den Gemeinschaftsstand der Metropolregion GmbH bei der Real Estate Arena 2024



## Metropolregion: „Dritte Orte“ als mögliche Zukunftsstrategie für lebendige Innenstädte

*Größere Sichtbarkeit für kleinere und mittlere Kommunen, Impulse für lebendige Innenstädte und städtebauliche Herausforderungen: Die Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg hat die Real Estate Arena am 5. und 6. Juni 2024 zum dritten Mal als Forum für den Austausch rund um Themen der Immobilienwirtschaft genutzt. Zehn Partnerinnen und Partner haben am Gemeinschaftsstand ihre Projekte und ihr Leistungsspektrum vorgestellt. Die Real Estate Arena soll neue Hausmesse der Metropolregion werden.*

Ein starkes Signal für eine starke Metropolregion im Herzen Niedersachsens: Mit dem gemeinsamen Auftritt von zehn Partnerinnen und Partnern auf der Real Estate Arena hat die Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg vielfältige Potenziale ihrer Mitgliedskommunen aufgezeigt.

Am Gemeinschaftsstand präsentierten sich die blueorange Development Partner GmbH, die Braunschweig Zukunft GmbH, die LIFE.SCIENCE.REGION.Göttingen, die Stadt Hameln, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Hildesheim Region mbH (HI-REG), die Köster GmbH und die Wolfsburg Wirtschaft und Marketing GmbH (WMG). Erstmals mit vertreten waren außerdem die Stadt Bad Pyrmont, die Stadt Garbsen sowie die Wirtschaftsförderung Region Goslar GmbH & Co. KG. Das Fazit der Beteiligten fiel erneut positiv aus: Vor allem die guten Gespräche und Netzwerkkontakte werden als sehr wertvoll für das eigene Standortmarketing empfunden.

### Verbesserte Sichtbarkeit für Mitgliedskommunen

„Drei Jahre Teilnahme haben den Erfolg der Real Estate Arena eindrucksvoll bestätigt – sowohl für die Immobilienwirtschaft insgesamt, aber insbesondere auch für die Metropolregion. Der starke gemeinsame Auftritt fördert die Sichtbarkeit unserer Mitgliedskommunen und hilft, Herausforderungen des modernen Städtebaus gemeinsam erfolgreich zu stemmen“, erklärte Henning Heiß, Landrat des Landkreises Peine und Vorsitzender des Vereins Kommunen in der Metropolregion e.V.. Mit der Sichtbarkeit der Kommunen beschäftigte sich auch der Verein bei seiner Klausurtagung auf der Real Estate Arena. Angedacht sind beispielsweise, die Social Media-Aktivitäten untereinander besser zu verknüpfen, um mehr Schlagkraft zu entwickeln, sowie Hinweisschilder auf die Metropolregion an den Hauptverkehrsstraßen zu montieren. Die Metropolregion soll als Qualitätslabel etabliert werden. Darüber hinaus hat sie auf der Immobilienmesse eigene Schwerpunkte gesetzt.

„Gemeinsam geht mehr. Ebenso wie die Deutsche Messe mit der Real Estate Arena einen Nerv getroffen hat, haben wir es mit unserem Fokus auf das Thema „Lebendige Innenstädte“. Sie sind Gradmesser für ein attraktives Standortmarketing und da gilt es künftig weiter mit vereinten Kräften anzusetzen“, so Christoph Meineke, Geschäftsführer der Metropolregion GmbH. Im Zuge der Immobilienmesse hat sich das interkommunale Netzwerk Revitalisierung Innenstadt getroffen. Die Metropolregion hatte es im vergangenen November initiiert.



FOTO: JENNIFER BULLERT

Metropolregions-Geschäftsführer Christoph Meineke (l.) im Gespräch mit Thomas Vielhaber (2. v.l.), Stadtbaurat in Hannover, Dr. Jochen Köckler (2. v. r.), CEO der Deutschen Messe AG, und Olaf Lies (r.), Niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung





FOTO: JENNIFER BULLERT

Get-together mit Partnerinnen und Partnern sowie Gremienmitgliedern am Gemeinschaftsstand der Metropolregion am ersten Messttag

## Netzwerk Revitalisierung Innenstadt sammelt Impulse auf der Real Estate Arena

Am zweiten Tag der Messe informierten sich die Mitglieder des Netzwerks auf einem Rundgang bei den Partnerinnen und Partnern am Gemeinschaftsstand sowie bei den Leerstandsleuten, der Initiative Stadttreter und Lidl. Neben Vorträgen über einen neuen Leitfaden zum Niedersächsischen Quartiersgesetz und ein darauf basierendes best-practice-Beispiel aus der Stadt Göttingen, gab es einen Impulsvortrag von Dilek Ruf. Die Landesvorsitzende des Bundes Deutscher Architektinnen und Architekten sprach darüber, wie die Gesellschaft in Zukunft wohnen wird und welche Rolle die Innenstadt dabei spielt.

Christina Schulze, Leiterin des Handlungsfeldes Mobilität der Metropolregion, sieht das Netzwerk als ideale Möglichkeit, um von den Erfahrungen anderer Kommunen zu lernen: „Aufgrund der Heterogenität der Innenstädte und den Eigentumsverhältnissen gibt es keine Blaupause, kein allgemeingültiges Rezept, das verschrieben werden kann. Viele vorhandenen Ideen können aber auf spezifische Probleme zugeschnitten werden. Wichtig ist, Innenstädte nicht nur funktional, sondern auch lebenswert und attraktiv zu gestalten.“ Ziel des Netzwerkes soll sein, die Standortvorteile in der Metropolregion weiter zu optimieren und individuelle Stärken gezielt zu vermarkten, erklärt Schulze. Auf besonderes Interesse stieß dabei im gemeinsamen Austausch das Konzept der „Dritten Orte“ – Begegnungsorte wie Stadtbibliotheken oder Volkshochschulen, die nicht auf monetären Konsum ausgelegt sind, die Stadtkerne aber dennoch beleben und ein Miteinander schaffen. Hier will die Metropolregion mit ihrem Netzwerk weiter anknüpfen und mit gebündelten Kompetenzen zur Zukunftsfähigkeit der Innenstädte beitragen.



## SCHRIFTTUM

### Das Dienstanfallrecht für Bundes- und Landesbeamte

Günther / Michaelis / Brüser

C.H.BECK, 2. Auflage, 2024, XXXVII, 324 S., Softcover 79 Euro, ISBN 978-3-406-80453-3

#### Zum Werk

Das Werk beinhaltet eine systematische Darstellung der Grundzüge des Dienstanfallrechts für Beamtinnen und Beamte des Bundes und der Länder. Es wird anhand zahlreicher Beispielsfälle erläutert, wann in der Praxis ein anerkennenswerter Dienstanfall vorliegt. Dabei werden von den Autoren auch medizinische Fragestellungen einbezogen, die entscheidend sein können. Die Grundstrukturen der versorgungsrechtlichen Folgen eines anerkannten einfachen oder qualifizierten Dienstanfalls werden erläutert. Steuerrechtliche Hinweise dienen der Abrundung.

#### Vorteile auf einen Blick

- Präzise Darstellung der Rechtsprechung zum Dienstanfallrecht und der Rechtsschutzmöglichkeiten,
- mit Bearbeitungshinweisen zu Dienstanfallanträgen und Lösungsvorschlägen für schwierige Fälle,

- mit einer Synopse zu den Regelungen zum Dienstanfallrecht im Beamtenversorgungsgesetz des Bundes und den entsprechenden Gesetzen der Länder.

#### Zur Neuauflage

Die 2. Auflage berücksichtigt neben den Änderungen in Verwaltungsvorschriften (BeamtVGvV vom 3.1.2023) unter anderem die Änderungen in § 31 BeamtVG vom 1. August 2021 (Wegeunfallschutz bei Kindergartenwegen), die Novellierung der Heilverfahrensverordnung vom 4.7.2023, den Unfallausgleich (Ausblick auf Regelungen nach der Aufhebung des BVG zum 1.1.2024). Darüber hinaus werden bisherige Themenschwerpunkte (z. B. Dienstanfallschutz im Homeoffice) vertieft. Es ist ein neues Kapitel zur Strafbarkeit vorsätzlicher Falschangaben in Dienstanfallanträgen und zu Corona-Impfungen bzw. -infektionen als Dienstanfall enthalten.

#### Zielgruppe

Für Beamenschaft in Bund, Ländern und Kommunen, Dienstanfallfürsorgestellen, begutachtende Ärzteschaft, Richterschaft, Rechtsanwaltschaft, Verbandsjuristinnen und Verbandsjuristen, Personalräte..

# Ganztagsschulen – Öffnung der Abholzeiten

Das Niedersächsische Kultusministerium hat im Schulverwaltungsblatt 5/2024 eine Vorgriffsregelung zu den Abholzeiten im Zusammenhang mit der Novellierung des Ganztagsschülerlasses veröffentlicht. Ein solcher Erlass war im Vorfeld verschiedentlich angekündigt worden. Überraschend war allerdings zum einen der Zeitpunkt der Veröffentlichung so spät vor Beginn des neuen Schuljahres sowie, dass im Vorfeld keine Anhörung der kommunalen Spitzenverbände stattgefunden hat. Nach § 31 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 Gemeinsame Geschäftsordnung der Landesregierung und der Ministerien in Niedersachsen (GGO) sind die kommunalen Spitzenverbände (AG KSV) bei der Vorbereitung von allgemeinen Regelungen, insbesondere von Rechts- und Verwaltungsvorschriften, zu beteiligen, soweit deren Belange berührt sind. Bei der Flexibilisierung der Abholzeiten sind die Kommunen als Träger der Grundschulen und vielfach auch als vertraglicher Kooperationspartner der Ganztagsschulen selbst betroffen. In einer Anhörung hätte seitens der AG KSV zum Ausdruck gebracht werden können, dass der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Novellierung des Erlasses im Hinblick auf die Planungen für den Ganztags des kommenden Schuljahres sehr ungünstig und viel zu spät ist. Die wesentlichen Vorbereitungen für die Organisation des kommenden Schul(halb)jahres sind bereits erfolgt, Elternbefragungen sind durchgeführt und müssten im Falle der Umsetzung der optional möglichen 2. Abholzeit erneut durchgeführt werden. Das Vorgehen des MK zu diesem Zeitpunkt hat zu Unmut und Irritationen bei den kommunalen Schulträgern geführt – gerade auch, da bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Betreuung für Kinder im Grundschulalter ein großes freiwilliges Engagement der kommunalen Grundschulträger gewünscht wird. Die Veröffentlichung des MK im Schulverwaltungsblatt 5/2024 zu der Öffnung der Abholzeiten sieht wie folgt aus:

## Ganztagsschulen – Öffnung der Abholzeiten

### Vorgriffsregelungen im Zusammenhang mit der Novellierung des RdErl. d. MK „Die Arbeit in der Ganztagschule“

#### aus Schulverwaltungsblatt 5/2024

Der RdErl. d. MK „Die Arbeit in der Ganztagschule“ v. 01.08.2014 (SVBl. S. 386), zuletzt geändert durch RdErl. v. 10.04.2019 (SVBl. S. 291) ist mit Ablauf des 31.07.2021 außer Kraft getreten.

Mit Erlass vom 14.07.2021 wurde bestimmt, dass die Regelungen des o. a. Erlasses bis zum Inkrafttreten eines neuen Erlasses weiterhin anwendbar sind. Davon abweichend gelten die folgenden Bestimmungen ab Beginn des Schuljahres 2024/25.

1. Ganztagsschulen können an Tagen mit einem offenen Ganztagsangebot zusätzlich zu der bereits bestehenden Abholzeit weitere Abholzeiten einführen. Die Anmeldung der Schülerin oder des Schülers zu der weiteren Abholzeit ist je nach Entscheidung der Schule entweder für ein halbes oder ein ganzes Schuljahr verbindlich. Ein Anspruch auf Schülerbeförderung aufgrund weiterer Abholzeiten besteht nicht.
2. Nr. 8.2 Kooperationsvertrag zur Arbeitnehmerüberlassung und Nr. 8.3 Kooperationsvertrag ohne Arbeitnehmerüberlassung (z. B. mit Vereinen oder Jugendhilfeeinrichtungen in freier Trägerschaft) des o. g. Runderlasses sind mit der Maßgabe anzuwenden, dass Kooperationspartnerin oder -partner auch sein kann, wer keine gemeinnützigen Zwecke im Sinne des § 52 der Abgabenordnung (AO) verfolgt.



Außerunterrichtliche Angebote in der Ganztagschule können Interessen und Begabungen fördern

### Flexibilisierung von Abholzeiten an offenen Ganztagsschulen

Die offene Ganztagschule bietet neben den teil- und vollgebundenen Ganztagschulen eine wichtige und wertvolle Möglichkeit, Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen über den regulären Unterricht hinaus in verschiedenen Bereichen individuell zu fördern und zu fordern. Die außerunterrichtlichen Angebote ermöglichen es, Interessen und Begabungen zu entdecken und zu entwickeln sowie soziale Kompetenzen zu stärken. Auch an Tagen mit einem offenen Ganztagsangebot bilden diese Angebote einen wichtigen Baustein und ergänzen das Schulprogramm der Ganztagschule.

Um die offene Ganztagschule noch attraktiver und flexibler zu gestalten, können ab dem Schuljahr 2024/25 weitere Abholzeiten ergänzend zu den bisherigen eingeführt werden. Die Einführung zusätzlicher Abholzeiten erfordert zunächst eine pädagogische und



organisatorische Vorbereitung durch die Schule. Die Gründe für die Einführung weiterer Abholzeiten können regional unterschiedlich sein, insgesamt lassen sich jedoch folgende grundsätzliche Gelingensbedingungen identifizieren:

## **Balance zwischen Schule und Freizeitgestaltung:**

In der Ganztagschule spielen soziales und moralisches Lernen sowie Werteerziehung eine wichtige Rolle im Sinne eines erweiterten Bildungsverständnisses. Die Förderung von Selbstständigkeit und die Fähigkeit zum lebenslangen Lernen sind genauso wichtig wie die allgemeine Wissensvermittlung. Je nach den individuellen Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler kann eine verbesserte Balance zwischen Schule und Freizeitgestaltung erreicht werden. Insbesondere jüngere Schülerinnen und Schüler in der Grundschule können durch die flexible Regelung entlastet werden. Die Einführung zusätzlicher Abholzeiten kann damit eine Entlastung für die Schülerinnen und Schüler und gleichzeitig für die Familien bedeuten.

## **Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf:**

Arbeitszeiten können bei Bedarf leichter mit den Betreuungszeiten in Einklang gebracht werden. Die gemeinsame Zeit für außerschulische Aktivitäten kann zwischen Erziehungsberechtigten und Kindern besser abgestimmt und geplant werden.

## **Förderung der Kooperation mit lokalen Vereinen und Bildungsträgern:**

Damit sich die Teilnahme an außerunterrichtlichen Angeboten und die anschließende Teilnahme am regionalen Vereinsleben nicht gegenseitig ausschließen, bieten zusätzliche Abholzeiten die Chance, beide Angebote zu kombinieren.

## **Qualitative Weiterentwicklung mit flexiblen Abholzeiten:**

Die Flexibilisierung der Abholzeiten ist eine Chance, das pädagogische Konzept kontinuierlich weiterzuentwickeln und zu differenzieren. Das Ganztagsangebot sollte dabei so konzipiert werden, dass es für alle Kinder und Jugendliche geeignet ist – unabhängig von ihren Kompetenzen, ihrem Entwicklungsstand, ihrer Herkunft oder ihrem Geschlecht. Individuelle Förderung und Forderung der sozialen und kognitiven Fähigkeiten und die Steigerung der Qualität der Bildungsangebote und außerunterrichtlichen Angebote waren und bleiben dabei im Fokus. Somit wird es auch weiterhin die Aufgabe der Schule sein, Angebote so zu konzipieren, dass sie die Schülerinnen und Schüler ansprechen, ihre Interessen aufnehmen, Neugier wecken und auch Spaß machen.

## **Erweiterte Kooperationsmöglichkeiten für außerunterrichtliche Ganztagsangebote**

Für außerunterrichtliche Angebote in der Ganztagschule können Lehrkräfte sowie pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingesetzt und darüber hinaus auch Verträge mit außerschulischen Partnerinnen und Partnern geschlossen werden. Ab dem Schuljahr 2024/25 kommen als Kooperationspartnerin oder -partner dabei auch solche in Betracht, die keine gemeinnützigen Zwecke im Sinne des § 52 der Abgabenordnung (AO) verfolgen.

Im Übrigen gelten die Regelungen des o. g. Rund-erlasses zu den vertraglichen Gestaltungsmöglichkeiten für außerunterrichtliche Angebote zunächst unverändert fort.

Über den Einsatz des lehrenden und nicht lehrenden Personals im außerunterrichtlichen Ganztagsangebot sowie über die Einbindung von Kooperationspartnerinnen und -partner entscheidet die Schule auf der Grundlage des Ganztagskonzepts und der örtlichen Möglichkeiten eigenverantwortlich. Die Zusammenarbeit kann für alle ein Gewinn sein: Für die Schülerinnen und Schüler ergeben sich wichtige Teilhabemöglichkeiten, indem sie beispielsweise im Rahmen des Ganztagsangebots neue Sportarten kennenlernen oder ein Instrument erlernen. Die Kooperationspartnerinnen und -partner im Ganztags haben im Gegenzug die Möglichkeit, ihre Angebote einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen und so neue Zielgruppen zu erschließen.



## **SCHRIFTTUM**

### **Einführung in das juristische Denken**

Karl Engisch

Kohlhammer, 13. aktualisierte Auflage, 299 Seiten,  
22 Euro, ISBN 978-3-17-044919-0

Die 1956 erstmals erschienene „Einführung in das juristische Denken“ von Karl Engisch gehört mittlerweile zu den „Klassikern“ der rechtswissenschaftlichen Literatur. In acht Kapiteln werden vor allem Grundsatzfragen der Methodenlehre, aber auch der Rechtsphilosophie in Auseinandersetzung mit den geistigen Strömungen des zwanzigsten Jahrhunderts bis in jüngster Zeit abgehandelt.

Zielsetzung dieses Buches ist es, den Studierenden der Rechtswissenschaft wie auch den interessierten Laien die geheimnisvolle und bisweilen suspekten Logik und Methodik des juristischen Denkens nahezubringen.

# Special Olympics setzt den Fokus auf Inklusion in Kommunen

## Auftakt der #ZusammenInklusiv-Community Niedersachsen und Bremen

*Eine inklusive Gesellschaft, gleichberechtigte Teilhabe und Selbstbestimmung für Menschen mit Beeinträchtigungen, inklusive Kommunalstrukturen und ein vielfältiges inklusives Sportangebot in Wohnortnähe – all diese Ziele verfolgt nicht nur Special Olympics als weltweit größte Sportorganisation für Menschen mit geistigen und mehrfachen Beeinträchtigungen, sondern auch zahlreiche Kommunen und deren lokale Partnerinnen und Partner in ganz Deutschland.*

Mit den Special Olympics World Games 2023 und dem #ZusammenInklusiv – Host Town Program haben deutschlandweit über 200 Kommunen inklusive Netzwerke geschaffen, inklusive Prozesse und Strukturen etabliert und die aktive Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen vor Ort gefördert. Um den Weg hin zu mehr Partizipation weiterhin gemeinsam mit den Kommunen in Niedersachsen und Bremen zu bestreiten, hat Special Olympics Deutschland e.V. im Rahmen des Nachhaltigkeitsprogramms in der Region Niedersachsen/Bremen vor Kurzem ein Netzwerktreffen veranstaltet. Teilgenommen haben kommunale Vertreterinnen und Vertreter, Netzwerk- und Kooperationspartner sowie Akteurinnen und Akteure aus den Bereichen Inklusion und Sport. Das Netzwerk unter dem Namen #ZusammenInklusiv-Community Niedersachsen/Bremen bietet den Teilnehmenden die Möglichkeit, Informationen und Wissen von Special Olympics und von anderen Kommunen zu erhalten. Darüber hinaus werden Best Practice-Beispiele, Ideen und Erfahrungen, Fragen und Herausforderungen miteinander geteilt und diskutiert – länderübergreifend mit Impulsen von Mitstreiterinnen und Mitstreitern aus Kommunen in ganz Niedersachsen und Bremen.

Der Einladung von Tina Werner, Koordinatorin des Nachhaltigkeitsprogramms, folgten 37 Teilnehmende aus Niedersachsen und Bremen. Unterstützt haben der Niedersächsische Städtetag und der Niedersächsische Landkreistag die Einladung im Voraus an ihre Mitglieder weitergeleitet. Neben Vertreterinnen und Vertretern aus den ehemaligen Host Town-Kommunen fanden sich auch dank der beiden kommunalen Spitzenverbände engagierte Ansprechpartnerinnen und -partner aus Kommunen, Sportverbänden und -vereinen, die zukünftig mit Special Olympics zusammenarbeiten und die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen in ihrem Heimatort unterstützen möchten, unter den Teilnehmenden. Die Erweiterung des Netzwerks und das Engagement der Kommunen freut die Koordinatorin. Das Netzwerk steht allen Interessierten offen, die sich für die Förderung von Inklusion mit besonderem Fokus auf den Sport einsetzen möchten.

Im Rahmen des Austauschs zeigten sich einige Themenfelder als besonders herausfordernd für Kommunen und Sportvereine. Unterstützungsbedarfe bestehen vor allem in den Bereichen Finanzierung, Aufbau inklusiver Angebote und Netzwerke, Aus- und Fortbildungen für Übungsleiterinnen und Übungsleiter, Abbau von Barrieren und der nachhaltigen Etablierung inklusiver Strukturen und Praktiken. Koordinatorin Tina Werner verspricht: Special Olympics wird weiterhin kompetenter Ansprechpartner für Kommunen bei all diesen Herausforderungen sein.

**Informationen zum Nachhaltigkeitsprogramm der Special Olympics World Games 2023 in der Region Niedersachsen/Bremen** erhalten Interessierte bei Koordinatorin Tina Werner (tina.werner@specialolympics.de, mobil: 0162 1817838). Frau Werner gibt gerne einen Einblick in die Sportorganisation Special Olympics, das Nachhaltigkeitsprogramm und Möglichkeiten der Zusammenarbeit.



Inklusiver Sport kann Menschen zusammenbringen und Begegnungen schaffen



Ein fröhliches Miteinander und gemeinsamer Spaß – hier bei der Athletendisco während der Special Olympics World Games Berlin 2023



# Öffentliche Musikschulen stehen vor strukturellem Umbruch

## Das Herrenberg-Urteil und seine Folgen für niedersächsische Musikschulen

VON PROF. MICHAEL GUDENKAUF UND KLAUS BREDL

Das sogenannte Herrenberg-Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) vom 28. Juni 2022 markiert einen Wendepunkt in der Beschäftigungspraxis von Honorarkräften an öffentlichen Musikschulen in Deutschland. Im Kern ging es bei diesem Urteil um die Frage, ob Honorarkräfte, die an Musikschulen unterrichten, als selbstständig Tätige oder als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte einzustufen sind. Das BSG entschied, dass Honorarkräfte, die dauerhaft und im Wesentlichen weisungsgebunden Unterricht erteilen und weitgehend in den organisatorischen Ablauf der Musikschule eingebunden sind, als versicherungspflichtig Beschäftigte anzusehen sind. Deren weitere Lehrtätigkeit

**Prof. Michael Gudenkauf** ist Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes des Landesverbandes niedersächsischer Musikschulen

**Klaus Bredl** ist Geschäftsführer des Landesverbandes niedersächsischer Musikschulen

an öffentlichen Musikschulen ist somit auf Honorarbasis nicht mehr rechtssicher vereinbar. Das Urteil hat für die öffentlichen Musikschulen und deren Träger erhebliche wirtschaftliche wie organisatorische Konsequenzen. Wege der Finanzierung und neue Strukturen müssen schnell gefunden werden.

### Finanzielle und organisatorische Auswirkungen

Die 74 öffentlichen Musikschulen in Niedersachsen sind sehr unterschiedlich aufgestellt. Nicht nur in ihrer Trägerschaft – zum Beispiel als kommunale Musikschule oder als gemeinnütziger Verein oder gGmbH – sondern auch in ihrer finanziellen Ausstattung gibt es deutliche Unterschiede. Stand heute sind an den niedersächsischen Musikschulen, die sämtlich dem Verband deutscher Musikschulen (VdM) angehören, etwa 900 Honorarkräfte tätig – rund ein Drittel des Lehrpersonals. Erhebliche Belastungen werden im Zusammenhang mit der Überführung dieser Lehrkräfte in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse

entstehen. Einer ersten Überslagsrechnung nach entstehen hierdurch jährliche Mehrkosten in Höhe von rund 7,5 Millionen Euro. Gemessen an den Gesamtaufwendungen für pädagogisches Personal (Stand 2023) entspricht dies einer Erhöhung von rund elf Prozent von 67,5 Millionen Euro auf dann rund 75 Millionen Euro. Hinzu kommen derzeit nicht kalkulierbare Kosten durch mögliche Nachforderungen von Sozialversicherungsbeiträgen für rückwirkend als abhängig beschäftigt eingestufte Honorarkräfte.

Auf der Hand liegt, dass eine Musikschule, die einen öffentlichen Bildungsauftrag erfüllt, die in ihrem Einzugsgebiet mit zahlreichen (Bildungs-)Einrichtungen kooperiert, die Aufgaben im Ganztage übernehmen soll und die ein sicherer Ort für Menschen gleich welcher Herkunft, welchen Alters und welchen Geschlechts sein muss, nicht nur der Rechtswirkung des Urteils entsprechend nahezu ausschließlich sozialversicherungspflichtig beschäftigtes Personal einsetzen muss. Abgesehen davon, dass nur so dem dramatisch wachsenden Fachkräftemangel begegnet werden kann, sind nur auf dieser Basis pädagogische Konzepte für die grundständige Instrumental- und Vokalausbildung, stabile Unterrichtsversorgung und Kooperationen zum Beispiel mit allgemeinbildenden Schulen verlässlich einlösbar.

### Kommunen tragen ihre Musikschulen – Landesförderung mit Nachholbedarf

Die Kommunalen Spitzenverbände Deutschlands stellen fest: „Musikschulen erfüllen eine wichtige kultur- und bildungspolitische Aufgabe in den Städten, Kreisen und Gemeinden. Sie haben, in Kooperation mit den Kindertagesstätten und allgemeinbildenden Schulen, eine eigenständige pädagogische und kulturelle Aufgabe. Musikschulen sind, wie das Bildungssystem insgesamt, eine öffentliche Gemeinschaftsaufgabe, bei der auch die Länder in der



**Künftig sozialversicherungspflichtig beschäftigt: Honorarkräfte in den Musikschulen**

Pflicht stehen. Diese sollten sich angemessen an Betriebskosten, überörtlichen Aufgaben sowie Qualifizierungsmaßnahmen beteiligen“.<sup>1</sup>

Während die Kommunen und Landkreise in Niedersachsen aktuell jährlich rund 45 Millionen Euro für den Betrieb öffentlicher Musikschulen aufwenden, stagniert die strukturelle Förderung des Landes seit 25 Jahren bei rund 1,3 Millionen Euro. Im Ländervergleich belegt Niedersachsen mit rund 1,5 Prozent Finanzierungsanteil – noch – den letzten Platz. Vor diesem Hintergrund bemüht sich der Landesverband niedersächsischer Musikschulen um einen Aufwuchs der Landesförderung. In einem ersten Schritt ist dies gelungen: für 2024 wurden über die sogenannte politische Liste zusätzliche zwei Millionen Euro für die strukturelle Förderung der Einrichtungen gewährt. Die Zusage der Landesregierung steht, dass diese Mittel, vorerst noch als Projektförderung gewährt, ab 2025 verstetigt werden.



FOTO: JANA MAI

**Die Festanstellung von Lehrkräften: Mehr Qualität, Kontinuität und Attraktivität im Bildungsbereich**

„Wir begrüßen den Willen des Landes, sein Engagement für die Musikschulen zu verstärken, aber das BSG-Urteil frisst die zusätzlichen Landesmittel leider komplett auf. Wir kommen deshalb nicht umhin, mit dem Land über neue tragfähige Finanzierungsmodelle zu diskutieren“, fasste **Landrat Sven Ambrosy** in der politischen Runde bei der Mitgliederversammlung des Landesverbandes Ende Mai in Goslar die Position der Kommunalen Spitzenverbände zusammen. **Ulf Prange**, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und ebenfalls Gast der Tagung, stimmt dieser Forderung zu. Er plädiert für einen Stufenplan, um den Finanzierungsanteil des Landes schrittweise auf das erforderliche Niveau zu heben.

## **BSG-Urteil: Herausforderungen annehmen und Chancen nutzen**

Kaum noch jemand zweifelt daran: Das Herrenberg-Urteil zwingt Musikschulen zu einem strukturellen Umbruch, der in seiner Beschaffenheit jedoch richtig

ist: Wer auf weisungsgebundenes Personal angewiesen ist, muss sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen anbieten, zumal wenn er Empfänger öffentlicher Fördermittel ist. Trotz der erheblichen Herausforderungen bietet das Urteil daher auch Chancen. Die Festanstellung von Lehrkräften wird zu höherer Qualität und Kontinuität der Bildungsangebote führen. Für die Lehrkräfte selbst bietet die Festanstellung mehr soziale Sicherheit und bessere Arbeitsbedingungen. Dies trägt wesentlich zur Attraktivitätssteigerung des Berufs bei und wird helfen, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.

Es sind vor allem Musikschulen in Vereinsträgerschaft, die empfindlich vom Herrenberg-Urteil betroffen sind und nun, sofern sie nicht über ausreichende finanzielle Rücklagen verfügen, unter Umständen in existenzielle Not geraten. Vereinzelt wird bereits über Schließungsoptionen nachgedacht. Gleichzeitig ist vielerorts eine große Bereitschaft der Kommunen erkennbar, den in Not geratenen Musikschulen beizuspringen und gemeinsam mit den Trägern langfristige Sicherungskonzepte zu erarbeiten. Man sieht daran, dass öffentliche Musikschulen als Teil der Daseinsvorsorge mittlerweile weit mehr als eine freiwillige Aufgabe sind. Besonders im ländlichen Raum sind sie mittlerweile ein wichtiger Standortfaktor. Ihre Aufgaben in der kommunalen Bildungslandschaft sind unverzichtbar, ihre Rolle bei der Sicherung des musikpädagogischen Berufsnachwuchses in Schulen und Musikschulen ist auch für das Land von besonderem Interesse. Mit dem Ausbau des schulischen Ganztags wird der Bedarf an qualifizierten und motivierten Musik- und Musikschullehrerinnen und -lehrern weiter zunehmen.

## **Fazit und Ausblick**

Musikschulen haben vielfältige Herausforderungen zu meistern und werden auch in Zukunft auf öffentliche Fördermittel angewiesen sein, denn der Zugang zu musikalischer Bildung, nicht zuletzt auch im Sinne des dringend benötigten Nachwuchses für Musikberufe in Schule, Musikschule oder auf dem Podium, muss niedrigschwellig bleiben. Das Land Niedersachsen hat einen ersten und wichtigen Schritt gemacht und hat die Landesmittel 2024

<sup>1</sup> Die Musikschule: Hinweise und Leitlinien des Deutschen Städtetags



erkennbar erhöht. Auch der nächste Schritt muss groß sein, denn ansonsten werden die Zuwächse auf der Seite der Landesförderung durch die Mehrkosten im Rahmen des Herrenberg Urteils direkt nivelliert, sodass Niedersachsen den letzten Platz „verteidigt“. Die Segel sind gesetzt, Kulturminister Falko Mohrs hat die Situation treffend beschrieben, er ist der „[...] Überzeugung, dass nach 20 Jahren eine bessere Finanzierung durch das Land längst fällig ist.“<sup>2</sup> Man überprüfe derzeit mögliche strukturelle oder Gesetzesänderungen, um die Förderung den aktuellen Bedarfen anzupassen. Klar sei, dass zwei Millionen Landesmittel zusätzlich nur ein erster Schritt sein können. Der Landesverband niedersächsischer Musikschulen fordert eine Erhöhung der Landesförderung auf mindestens zehn Prozent der Betriebsausgaben.

Öffentliche Musikschulen im Verband deutscher Musikschulen sind Bildungseinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Sie sind kommunal verantwortete Einrichtungen mit bildungs-, kultur-, jugend- und sozialpolitischen Aufgaben und legen mit qualifiziertem Fachunterricht die Grundlage für eine lebenslange Beschäftigung mit Musik. Sie eröffnen Schülerinnen und Schülern jeden Alters Möglichkeiten zum gemeinschaftlichen Musizieren in der Musikschule, in Kindertageseinrichtungen und allgemein bildenden Schulen, in der Familie oder in den vielfältigen Formen des Laienmusizierens. Besonders begabte Schüler erhalten eine Förderung, die auch die Vorbereitung auf ein Studium oder einen Musikberuf umfasst. Dem Landesverband niedersächsischer Musikschulen gehören 74 öffentliche gemeinnützige Musikschulen an. Rund 2900 Fachlehrkräfte unterrichten kontinuierlich mehr als 150 000 Schülerinnen und Schüler in wöchentlich über 35 000 Unterrichtsstunden flächendeckend an über 650 Standorten in Niedersachsen. [www.musikschulen-niedersachsen.de](http://www.musikschulen-niedersachsen.de)

2 Pressemitteilung der Gemeinde Loxstedt vom 19.1.2024 – Gesprächsrunde mit Minister Falko Mohrs über die Bedeutung und Unterstützung der Musikschulen

## Arbeitskreis Tourismus des Niedersächsischen Städtetages tagte in Goslar

### „Gemeinsam die Zukunft des Tourismus gestalten“

Die Stadt Goslar war Gastgeberin der 114. Sitzung des Arbeitskreises Tourismus des Niedersächsischen Städtetages.

Der Arbeitskreis Tourismus des Niedersächsischen Städtetages ist eine wichtige Plattform, insbesondere zum Austausch von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und Tourismusverantwortlichen, um Ideen und Strategien im Bereich des Tourismus zu entwickeln. Die Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Städte Niedersachsens kommen hierzu regelmäßig zusammen, um Herausforderungen zu diskutieren, Chancen zu erkennen und gemeinsame Ziele für die Förderung des Tourismus in der Region zu setzen.

Besonders beeindruckt waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von der Kaiserstadt: Goslars einzigartiges kulturelles Erbe, die historische Altstadt und die Landschaft des Harzes machen die Stadt zu einem idealen Veranstaltungsort für diese Zusammenkunft im Zeichen des Tourismus.

Die Teilnehmenden hatten Gelegenheit, den Rammelsberg, die reiche Geschichte und die touristischen Attraktionen der Stadt zu erleben. Oberbürgermeisterin Urte Schwerdtner zeigte sich begeistert und hieß die Kolleginnen und Kollegen aus ganz Niedersachsen in ihrer schönen Heimatstadt willkommen: „Diese Tagung bietet eine wertvolle Gelegenheit, um voneinander zu lernen, Strategien zu teilen und gemeinsam die Zukunft des Tourismus in unseren Städten zu gestalten.“



© STADT GOSLAR

## Plötzlich pflegebedürftig: Wer hilft?

### Pflegeportal Weser-Ems vermittelt regional stationäre Pflegeplätze, ambulante Pflegedienste oder hauswirtschaftliche Versorgung

VON BARBARA RAUDE UND MAREN KONERSMANN

Wer plötzlich auf pflegerische Unterstützung angewiesen ist, macht aktuell die Erfahrung, dass dies alles andere als einfach ist. Unzählige Telefonate später ist schon viel erreicht, wenn der eigene Name es auf mehrere Wartelisten geschafft hat, Ausgang ungewiss. Dann heißt es warten. Dies deutlich abzukürzen und zu vereinfachen, ist Ziel des Pflegeportals Weser-Ems, dass das Kompetenzzentrum Gesundheitswirtschaft (GwiNet e.V.) mit Sitz in Osnabrück 2021 ins Leben gerufen hat. Gefördert wird das Projekt vom Niedersächsischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, getragen von den zwölf Landkreisen und fünf kreisfreien Städten der Weser-Ems-Region. Themenpaten für das Projekt ist der Landkreis Osnabrück. „In kurzer Zeit ist ein einzigartiges Leuchtturmprojekt entstanden, auf das wir sehr stolz sind und das schnell sehr gut in Anspruch genommen wurde. Das zeigt uns, dass unser Konzept stimmig ist“, freut sich GwiNet-Projektleiterin Maren Konersmann.

Wenn in der Familie plötzlich ein schwerer Krankheitsfall eintritt oder im Anschluss an die Entlassung aus dem Krankenhaus vorübergehend oder dauerhaft eine aufwendige Versorgung von Mutter oder Vater notwendig wird, ist schnelles Handeln gefragt. Eine pflegerische Betreuung zu Hause ist in Zeiten vollumfänglicher Berufstätigkeit oft nicht möglich. „Es ist ein großes Problem, schnell das richtige Angebot zu finden. Mit dem Pflegeportal reagieren wir auf einen akuten Bedarf. Aus der Zusammenarbeit aller Landkreise und kreisfreien Städte in Weser-Ems versprechen wir uns einen besonderen Mehrwert, weil ein regionsweit einheitliches System die Suche wesentlich vereinfacht“, ergänzt GwiNet-Projektleiterin Barbara Raude.

Das Pflegeportal Weser-Ems vernetzt Krankenhäuser, ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen, hauswirtschaftliche Versorgerinnen und Versorger, kommunale Beratungsstellen, Ärztinnen und Ärzte, Rettungsleitstellen und Betroffene, um die Suche nach pflegerischer Unterstützung zu erleichtern. Auf der Website [www.gesundheit-weser-ems.de](http://www.gesundheit-weser-ems.de) ist das Bürgerportal zu finden, in das Suchende in eine einfach gehaltene Maske ihren konkreten Bedarf sowie ihre Postleitzahl eingeben können. Innerhalb weniger Sekunden erscheint eine aktuelle Liste von Einrichtungen und Dienstleisterinnen und Dienstleister in der Umgebung, mit der dazugehörigen Information, ob dort Kapazitäten zur Verfügung stehen. Mit einem weiteren Klick ist Kontakt zur Einrichtung hergestellt. Suchen können dort beispielsweise Hausärztinnen und Hausärzte, Rettungsleitstellen oder natürlich Privatpersonen, die Hilfe für sich oder Angehörige benötigen.

Nicht nur für suchende Angehörige, auch für Leistungserbringerinnen und Leistungserbringer hat die Plattform große Vorteile. Kliniken können über das Portal Suchen für Patientinnen und Patienten starten, die nach einem Aufenthalt im Krankenhaus ein pflegerisches Angebot, ob Pflegeplatz oder ambulante Versorgung, benötigen. Und wenn sie aktuell und online ersichtlich keine freien Plätze haben, entfallen zahlreiche telefonische Anfragen. Analog geschieht dies auch in den Krankenhäusern, die die Plattform für ihr digitales Entlassmanagement einsetzen. Dies ist insbesondere in Zeiten von Fachkräftemangel ein zusätzlicher Bonus: Die Pflegekräfte können sich dem widmen, wofür sie ausgebildet sind, nämlich der Pflege der Menschen. Die qualifizierten Mitarbeitenden müssen nicht mehr in größerem Umfang für den Telefondienst aus der Pflege abgezogen werden, wo jede Hand gebraucht wird.

Träger des Pflegeportals Weser-Ems ist eine Arbeitsgemeinschaft der 17 beteiligten Kommunen aus dem nord-westlichen Niedersachsen. In den beteiligten Kommunen leben rund 2,4 Millionen Menschen, von denen der Anteil der Pflegebedürftigen stetig steigt, zuletzt waren es 119 000. Rund 1200 Anbieterinnen und Anbieter ambulanter und stationärer Pflege und ca. 60 Kliniken befinden sich in der Region. Bislang sind davon 672 Einrichtungen aus der Pflege sowie 24 Kliniken im Netzwerk aktiv. Bis zum Ende des zweiten Quartals 2024 haben 31103 Menschen das Portal für ihre Suche genutzt. 60 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer suchten „so bald wie möglich“ nach Unterstützung, 21 Prozent haben dafür „ein paar Tage“ Zeit. 17 Prozent möchten, dass die Pflege „in ein paar Wochen“



**Barbara Raude** (o.) und **Maren Konersmann**, Projektleiterinnen bei GwiNet, Kompetenzzentrum Gesundheitswirtschaft e.V.





einsetzt. 90 Prozent der Anfragen beziehen sich auf ein Heim, über die Hälfte davon (56 Prozent) auf Langzeitpflege, 41 Prozent auf kurzzeitige Pflege. Nur neun Prozent sind auf der Suche nach ambulanter Unterstützung im heimischen Umfeld. Davon wiederum geben 43 Prozent an, Hilfe bei der Grundpflege zu benötigen, 38 Prozent bei der hauswirtschaftlichen Versorgung und zwölf Prozent bei der Behandlungspflege.

Kommunen können dank des Portals ihrer Fürsorgepflicht der Daseinsvorsorge nachkommen, ohne dass jede Kommune allein in dem komplexen Umfeld ihr eigenes Beratungsangebot aufbauen und betreiben muss. Die Beratungsleistung ist durch das Portal regional gelöst und im Verbund viel leichter zu bewältigen. So können auch dünner besiedelte oder strukturschwächere ländliche Regionen durch das aufgebaute, starke Gesundheitsnetzwerk mit angebundener Beratungsleistung profitieren. Für die Bürgerinnen und Bürger ist der Besuch einer Beratungsstelle oder das Zurücklegen langer Wege nicht mehr notwendig. Hinzu kommt: durch das aktive Netzwerk und den Austausch mit anderen Kommunen im Rahmen der Arbeitskreistreffen profitieren alle Beteiligten inhaltlich wie organisatorisch. Dank des Portals ist eine stadt- und landkreisübergreifende Suche möglich, die sonst durch die Grenzen der Kommunen stärker limitiert wäre. Für die Bürgerinnen und Bürger ist die Orientierung leichter, was insbesondere unter Zeitdruck ein großer Gewinn ist. Sie müssen sich nicht im Wirrwarr des World Wide Web erst auf eine langwierige Suche machen, sondern lediglich eine einzige Internetseite aufrufen, um für sich oder ihren Angehörigen gezielt nach einem passenden Pflegeangebot zu suchen. „Wir haben offenbar den Nerv der Zeit getroffen. Zuletzt sind bereits andere Regionen auf uns zugekommen die sich für das Pflegeportal Weser-Ems und deren Umsetzung interessieren“, freut sich GewiNet-Geschäftsführerin Marion Bley.

GewiNet nimmt als Organisator und Partner eine neutrale Rolle ein. Das Gesundheitsnetz ist ein Verein mit Mitgliedern aus allen Sektoren der Gesundheitswirtschaft. Unternehmen, Kliniken, Ärzte und Hochschulen aus Stadt und Landkreis Osnabrück und der Region Weser-Ems haben sich unter diesem Dach zusammengeschlossen. Die verschiedenen Akteure des Gesundheitswesens verfolgen ein gemeinsames Ziel: Sie wollen die qualitativ hochwertige Versorgung in der Region sicherstellen und initiieren dafür verschiedene Projekte wie beispielsweise zur Fachkräftegewinnung, Digitalisierung, Weiterbildung, oder für die Transparenz von Angeboten. Die Laufzeit der Erprobungsphase des Projekts zum Pflegeportal ist auf Ende November 2024 datiert, der bisherige Erfolg lässt jedoch auf eine Fortsetzung hoffen. „Nach vielen positiven Rückmeldungen und Erfahrungen auf Bürger- als auch Fachanwenderseite ist eine Ausweitung zumindest auf das Bundesland Niedersachsen sinnvoll, wenn nicht darüber hinaus. Osnabrück beispielsweise liegt direkt an der Grenze zu Nordrhein-Westfalen, so dass auch eine länderübergreifende Suche hilfreich wäre. Wenn die Kommunen angebotsseitig weiter zusammenwachsen, wächst auch die Transparenz und der Service für die Bürgerinnen und Bürger“, so Marion Bley weiter.



**SCHRIFTTUM**

## **GK-BImSchG – Kommentar**

Führ

Carl Heymanns Verlag, digital auf [wolterskluwer-online.de](https://www.wolterskluwer-online.de) verfügbar, 3. Auflage 2024, 2162 Seiten, gebunden, 219 Euro, ISBN 978-3-452-30157-4

### **Zum Werk**

Das BImSchG ist das zentrale umweltrechtliche Regelwerk der Industriegesellschaft. Es bestimmt umfassend, unter welchen Bedingungen Kohlekraftwerke und Müllverbrennungsanlagen, aber auch Windräder oder Großställe gebaut werden dürfen. Die Spanne reicht von komplexen Chemieanlagen bis hin zum Betrieb von Öl- und Gasbrennern im Einfamilienhaus. Darüber hinaus fordert es zum Schutz der Bevölkerung vor Luftschadstoffen und Lärm „Aktionspläne“, legt aber auch Lärmwerte etwa für Laubbläser und Laubsauger fest und definiert die Anforderungen an Biosprit im Benzin.

Bei allen Fragen bietet der handliche Großkommentar Arbeits- und Entscheidungshilfe bei der Auslegung und praktischen Anwendung des Industrieanlagen- und Immissionsschutzrechts, einschließlich der Schnittstellen zu angrenzenden Rechtsbereichen (Stoffrecht, Emissionshandel, Umwelthaftung etc.) sowie Rechtsprechung zu Luftreinhalteplänen und möglichen Fahrverboten, der Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie zur Anlagensicherheit, auch bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen, Neuerungen im Recht der Umweltverträglichkeitsprüfung und erweiterte Klagemöglichkeiten durch das Umweltrechtsbehelfsgesetz und die EuGH-Rechtsprechung.

Der GK-BImSchG zeichnet sich aus durch eine wissenschaftliche, systematische und nach einheitlichem Schema gestaltete Kommentierung. Die Rechtsprechung wird sorgfältig ausgewertet und kritisch eingeordnet. Der Kommentar ermöglicht für die praxisrelevanten Fragen ein vertieftes Eindringen in die Rechtsmaterie und berücksichtigt sowohl den verfassungsrechtlichen Rahmen als auch die europarechtlichen Vorgaben. Untergesetzliche Vorschriften (BImSchV, TA Luft, TA Lärm) werden ebenfalls intensiv in die Kommentierung einbezogen.

Das Werk prüft die Vollzugseignung der einzelnen Normen mit Bezug auf die Zielsetzung des BImSchG als Ganzes. Besonderes Augenmerk liegt auf den Rechtsschutzmöglichkeiten, einschließlich der Rechtsbehelfe von Umweltvereinigungen.

Der Kommentar bietet ein breites, der Komplexität des Rechtsstoffes angemessenes Kompetenzspektrum; die Autorinnen und Autoren sind ausgewiesene Experten aus Wissenschaft sowie aus Behörden, Anwaltschaft und Gerichten. Neu in der 3. Auflage: Die Bundesregierung plante im Zuge des sogenannten Osterpakets zahlreiche Neuerungen insbesondere zum Thema Windkraft, die in die Aktualisierung einfließen werden. Auch in Bezug auf die BVT-Merkblätter sind zahlreiche Aktualisierungen notwendig geworden.

Herausgeber und Autoren sind alle ausgewiesene Experten aus Wissenschaft und Lehre, der Anwaltschaft und Ministerien und Behörden.

## Mobilität: Bundesverwaltungsgericht entscheidet zum Gehwegparken

*Anwohner können bei einer erheblichen Beeinträchtigung der bestimmungsgemäßen Gehwegbenutzung einen Anspruch gegen die Straßenverkehrsbehörde auf eine ermessensfehlerfreie Entscheidung über das Einschreiten gegen das verbotswidrige Gehwegparken haben. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht am 6. Juni 2024 (Az. BVerwG 3 C 5.23) entschieden. Dabei bestätigte das BVerwG die Entscheidung der Vorinstanz, wonach der Anspruch nicht ohne weiteres durchsetzbar ist. Dementsprechend ist es nicht zu beanstanden, wenn die Straßenverkehrsbehörde zunächst den Problemdruck in den am stärksten belasteten Quartieren ermittelt und ein Konzept für ein stadtweites Vorgehen umsetzt. Das BVerwG begrenzte den Anspruch der Anwohner zudem auf den Gehweg, der auf der jeweils eigenen Straßenseite verläuft.*

### Sachverhalt

Die Kläger begehren von der Beklagten ein straßenverkehrsbehördliches Einschreiten gegen Fahrzeuge, die aufgesetzt auf den Gehwegen in drei Bremer Straßen geparkt werden. Die gegen die Straßenverkehrsbehörde der beklagten Freien Hansestadt Bremen gerichteten Anträge, Maßnahmen gegen das Parken auf den Gehwegen in den Straßen zu ergreifen, lehnte die Beklagte ab. Verkehrszeichen und -einrichtungen seien nicht – wie für deren Anordnung geboten – zwingend erforderlich. Auf die hiergegen erhobenen Klagen hat das Verwaltungsgericht Bremen die Beklagte unter Aufhebung der angegriffenen Bescheide verpflichtet, die Kläger unter Beachtung seiner Rechtsauffassung neu zu bescheiden. § 12 Abs. 4 und 4a StVO habe eine drittschützende Wirkung zu ihren Gunsten. Wegen der Dauer und Häufigkeit der Beeinträchtigungen sei das Entschließungsermessen der Beklagten auf Null reduziert; die Beklagte sei zum Einschreiten verpflichtet. Wie das Verwaltungsgericht hat das Obergerverwaltungsgericht eine drittschützende Wirkung von § 12 Abs. 4 und 4a StVO zugunsten der Kläger bejaht. Anders als das Verwaltungsgericht war das Obergerverwaltungsgericht aber der Auffassung, dass das Entschließungsermessen der Beklagten nicht auf Null reduziert sei. Eine Pflicht, auf die Anträge der Kläger in den drei Straßen unmittelbar einzuschreiten, bestehe jedenfalls derzeit

nicht. Es sei nicht zu beanstanden, wenn sie zunächst den Problemdruck in den am stärksten belasteten Quartieren zu ermitteln und ein Konzept für ein stadtweites Vorgehen umzusetzen gedenke.

### Wesentliche Entscheidungsgründe

Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte die Auffassung der Vorinstanzen, wonach § 12 Abs. 4 und 4a StVO zu entnehmende Gehwegparkverbot eine drittschützende Wirkung zugunsten der Kläger hat. Das Verbot des Gehwegparkens schützt nicht nur die Allgemeinheit, sondern auch Anwohner, die in der Nutzung des an ihr Grundstück grenzenden Gehwegs erheblich beeinträchtigt werden. Ferner wird die Auffassung des Obergerverwaltungsgerichts bestätigt, wonach das Entschließungsermessen der Straßenverkehrsbehörde nicht auf Null reduziert ist und diese also noch nicht zu einem unmittelbaren Einschreiten verpflichtet ist. Da das unerlaubte Gehwegparken nach den Feststellungen der Vorinstanz in der gesamten



Kaum noch ein Durchkommen auf dem Gehweg: Fußgängerinnen und Fußgänger, Personen mit Kinderwagen oder auch Rollstuhlfahrende werden gezwungen, auf die Fahrbahn auszuweichen

FOTO: SHUTTERSTOCK.COM



Stadt, insbesondere in den innerstädtischen Lagen weit verbreitet ist, sei es nicht zu beanstanden, wenn die Beklagte zunächst die am stärksten belasteten Quartiere ermittelt, Straßen mit besonders geringer Restgehwegbreite priorisiert und ein entsprechendes Konzept für ein stadtweites Vorgehen umsetzt. Allerdings sind nach der Auffassung des BVerwG die angefochtenen Urteile zu ändern, soweit den Klägern einen Anspruch in Bezug auf die „streitgegenständlichen Straßen“ zuerkannt wurde. Die drittschützende Wirkung des Gehwegparkverbots aus § 12 Abs. 4 und 4a StVO ist regelmäßig – und so auch hier – auf den Gehweg beschränkt, der auf der „eigenen“ Straßenseite des Anwohners verläuft; umfasst ist in der Regel auch nur der Straßenabschnitt bis zur Einmündung „seiner“ Straße in die nächste (Quer-)Straße. In Bezug auf weitere Abschnitte des Gehwegs sind die Anwohner Teil des allgemeinen Kreises der Gehwegbenutzer und nicht mehr hinreichend von der Allgemeinheit unterscheidbar.

## Anmerkung des DStGB

Es ist zu begrüßen, dass es mit dem Urteil des BVerwG nunmehr eine höchstinstanzliche Entscheidung zum Gehwegparken gibt. Das schafft Rechtssicherheit zugunsten der Straßenverkehrsbehörden, der kommunalen Ordnungsämter, der Bewohnerinnen und Bewohner und nicht zuletzt der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer.

Das BVerwG hat die Rechtsauffassung der Vorinstanzen bestätigt, dass die Anwohner vom Grundsatz her ein Einschreiten der Behörden gegen das Gehwegparken verlangen können. Im Interesse der praktischen Umsetzbarkeit in den Städten ist gut, dass das BVerwG das sogenannte Entschließungsermessen nicht auf Null reduziert sieht. In der Konsequenz müssen die Straßenverkehrsbehörden handeln, können bei konkreten Maßnahmen jedoch nach dem Problemdruck priorisieren. Die Straßenverkehrsbehörden müssen allerdings handeln, wenn konkrete Gefahren für die Gesundheit drohen. Dies betrifft etwa Gehwege, wo wenig Platz verbleibt, so dass zum Beispiel Kinder oder ältere Menschen auf die Straße ausweichen müssen.

Das Gericht beschränkt den Anspruch der Anwohner zudem auf den Gehweg, der auf ihrer „eigenen“ Straßenseite verläuft. Mithin ist der Anspruch nach der nächsten Einmündung nicht mehr gegeben, weil die Betroffenheit des Anwohners dann nicht mehr von anderen Verkehrsteilnehmern unterscheidbar ist. Auch diese Präzisierung ist im Interesse der praktischen Umsetzbarkeit zu begrüßen.

Generell ist zu betonen, dass das Gehwegparken eine Problematik nicht aller Städte ist, sondern einiger Großstädte beziehungsweise Stadtquartiere mit wenig Platz und vielen Autos. Letztlich geht es in den Innenstädten um die Frage, wie der begrenzte öffentliche Raum aufgeteilt und genutzt werden soll. Es muss Parkmöglichkeiten zugunsten derjenigen geben, die auf ihr Auto angewiesen sind. Zugleich geht es aber auch darum, die Alternativen zum Auto wie den Rad- und der Fußverkehr sowie den ÖPNV zu stärken. Hierzu brauchen die Kommunen einen anderen Rechtsrahmen. Die sich abzeichnende Novellierung des Straßenverkehrsgesetzes würde den Kommunen mehr Handlungsspielraum geben und ist deshalb zwingend erforderlich.

(Quelle: DStGB Aktuell 2424 vom 14. Juni 2024, Dez. IV, Timm Fuchs, 13.6.2024)



**SCHRIFTUM**

### LGG NRW – Kommentar

Bülow

Luchterhand, digital auf wolterskluwer-online.de verfügbar, 1. Auflage 2024, 426 Seiten, kartoniert; 69 Euro, ISBN 978-3-472-09829-4

#### Zum Werk

Autor Christian Bülow steht als Jurist beim Kommunalen Arbeitgeberverband NRW mit Schwerpunkt LGG NRW und LPVG NRW in regelmäßigem Austausch u. a. mit Gleichstellungsbeauftragten, Personal- und Betriebsräten und Schwerbehindertenvertretungen. Er ist daher bestens vertraut mit ihren Fragestellungen und Schwierigkeiten beim Verständnis juristischer Texte. Aus diesem Verständnis heraus hat er diesen in seiner Form einmaligen Kommentar zum LGG NRW entwickelt. Der auch für Nichtjuristinnen und -juristen verständliche Text wird unterstützt durch grafische

Darstellungen, eine Vielzahl von Beispielen und Praxistipps, deren Ziel eine alltagstaugliche Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben ist.

#### Ihr Nutzen:

- Kommentierung aus der Praxis für die Praxis.
- Verständlich auch für Nichtjuristinnen und -juristen.
- Nicht nur schriftliche, auch grafische Übersicht zu den einzelnen Vorschriften.
- Vielzahl an Praxisbeispielen, deren Lösungen sich nicht nur an der aktuellen Rechtsprechung, sondern auch an der Praxistauglichkeit für ein gemeinsames Miteinander an der Arbeitsstelle orientieren.
- Alltagstaugliche Darstellung der Beteiligungsrechte und des Beteiligungsverfahrens der Gleichstellungsbeauftragten.

In dieser Form einzigartige, alltagstaugliche und auch für juristische Laien gut verständliche Kommentierung des LGG NRW.

# Die Kommunale Wärmeplanung im Niedersächsischen Klimagesetz – Status Quo und Ausblick auf eine Novelle

VON ANNA ELLIGSEN

Am 25. Juni 2024 fand ein Gespräch zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände (AGKSV) und Vertreterinnen des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz (MU) zur geplanten Novelle des Niedersächsischen Klimagesetzes (NKlimaG) mit dem Schwerpunkt auf der Kommunalen Wärmeplanung statt.

Ein konkretes Eckpunktepapier wurde bislang noch nicht vorgelegt, da das Ministerium auf einen Leitfaden des Bundes wartet, um den internen Entwurf abzusichern. In den nächsten Wochen soll der Entwurf mit der Hausleitung abgestimmt und Anfang September der kommunalen Ebene zur ersten Rückmeldung zugeleitet werden. Eine Novellierung wird voraussichtlich erst im kommenden Jahr erfolgen.

## Aktuelle Regelung zur Kommunalen Wärmeplanung in § 20 NKlimaG

Seit dem 1.1.2024 gilt: Alle Städte und Gemeinden, die Mittelzentrum (MZ) oder Oberzentrum (OZ) sind, müssen für ihr Gebiet einen Kommunalen Wärmeplan erstellen, veröffentlichen und regelmäßig fortschreiben.

- **Erstaufstellung bis 31.12.2026;** Fortschreibung spätestens alle fünf Jahre; Vor dem 1.1.2024 erstellte Kommunale Wärmepläne werden anerkannt, sofern sie den Anforderungen des § 20 NKlimaG entsprechen.

Für die acht Städte in Niedersachsen mit über 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern (EW) gilt derzeit, dass eine Planung nach § 4 des Wärmeplanungsgesetzes des Bundes (WPG) bis zum 30.6.2026 erfolgt sein muss, damit der Bestandsschutz ihres Kommunalen Wärmeplans über die Länderöffnungsklausel Anwendung finden kann. Das NKlimaG sieht für eine Planung nach Landesrecht derzeit eine Frist bis zum 31.12.2026 vor.

Für Städte und Gemeinden mit über 10 000 EW, die kein MZ/OZ sind und die bis 31.12.2023 einen Wärmeplan erstellt oder einen Beschluss dazu gefasst haben, wird es im NKlimaG auf Grundlage der Bedingungen des WPG neue Regelungen geben.

Für alle noch nicht verpflichteten Städte und Gemeinden gilt als Frist zur Erstellung der 30.6.2028.

## Anpassungen durch Bundesgesetze

Eine Novelle des NKlimaG ist notwendig, um Änderungen aufgrund der folgenden Bundesgesetze zu integrieren:

- **Energieeffizienzgesetz (EnEfG):** Die Berichtspflicht der Kommunen zum Gesamtenergieverbrauch (§ 6 Abs.7 S.3 EnEfG) soll auf Basis einer Rechtsverordnung angepasst werden. Diese Änderung wird jedoch nachrangig behandelt.
- **Wärmeplanungsgesetz (WPG):** Die bestehenden Verpflichtungen müssen den Entwicklungen des WPG angepasst werden. Im Grundsatz bleibt es bei der bis dato bestehenden Verpflichtung zur kommunalen Wärmeplanung der Ober- und Mittelzentren. Alle übrigen Gemeinden werden nachverpflichtet. Die bisherige Pflicht zur Fortschreibung der Wärmepläne wird zugunsten einer Prüfpflicht entfallen (§ 25 Abs.1 WPG). Zudem bleibt es bei der für Städte mit über 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern angekündigten Anpassung der Frist auf den 30.6.2026 (§ 4 Abs. 2 WPG). Für kleinere Gemeinden wird ein vereinfachtes Verfahren (§§ 4 Abs.3, 22 WPG) festgelegt, dessen genaue Ausgestaltung noch offen ist. Ebenso wird ein verkürztes Verfahren (§ 14 WPG) näher ausgestaltet werden.
- **Klimaanpassungsgesetz (KAnG):** Das Land Niedersachsen muss dem Bund alle zwei Jahre über kommunale Klimaanpassungskonzepte berichten (§§ 11, 12 KAnG). Eine Firma wurde beauftragt, ein Tool zur Abfrage zu entwickeln, das bereits Ende des Monats bereitgestellt werden soll. Der Arbeitsaufwand für die Kommunen wird als gering eingeschätzt.

## Konnexitätsregelungen und Finanzierungsfragen

Die Konnexitätsregelungen des § 20 Abs.6 NKlimaG müssen ebenfalls an die neuen Anforderungen angepasst werden. Die AGKSV betont, dass mehr finanzielle Mittel nötig sind und die Ausgestaltung mittels Sockelbetrag und Einwohnerpauschale einer Ausgestaltung bedarf, die auch kleinere Städte und Gemeinden nicht benachteiligt.

## Ausblick

Das MU plant, Anfang September 2024 ein beratungsfähiges Grobkonzept in Form eines Eckpunktepapiers zur NKlimaG-Novelle vorzulegen. Weitere Details zu den Verpflichtungen der Städte und Gemeinden werden erwartet. Im Besonderen ist das Verhältnis der Ausgestaltung der Verpflichtung bislang nicht zur Wärmeplanung herangezogener Kommunen mit den Förderbedingungen der Bundesförderung über die Kommunalrichtlinie zu klären.

# Wasserstoff spielt bei der Wärmeversorgung für Wohnungen keine Rolle!

VON VERENA MICHALEK UND UWE STERNBECK

Wasserstoff spielt bei der Wärmeversorgung für Wohnungen keine Rolle! Das ist das Fazit der Tagung, zu der 70 Fachleute in Wolfsburg auf Einladung des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz, der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN), des Niedersächsischen Städtetags (NST) und der Stadt Wolfsburg im Rahmen des vom Land Niedersachsen geförderten NST-Projekts „Unterstützung und Beschleunigung des kommunalen Klimaschutzes durch Smart Cities“ diskutierten.

Die Tagung wurde von Tanja Föhr mit Hilfe von Graphic Recordings moderiert. Hier werden daher neben kurzen Texten diese Grafiken wiedergegeben.

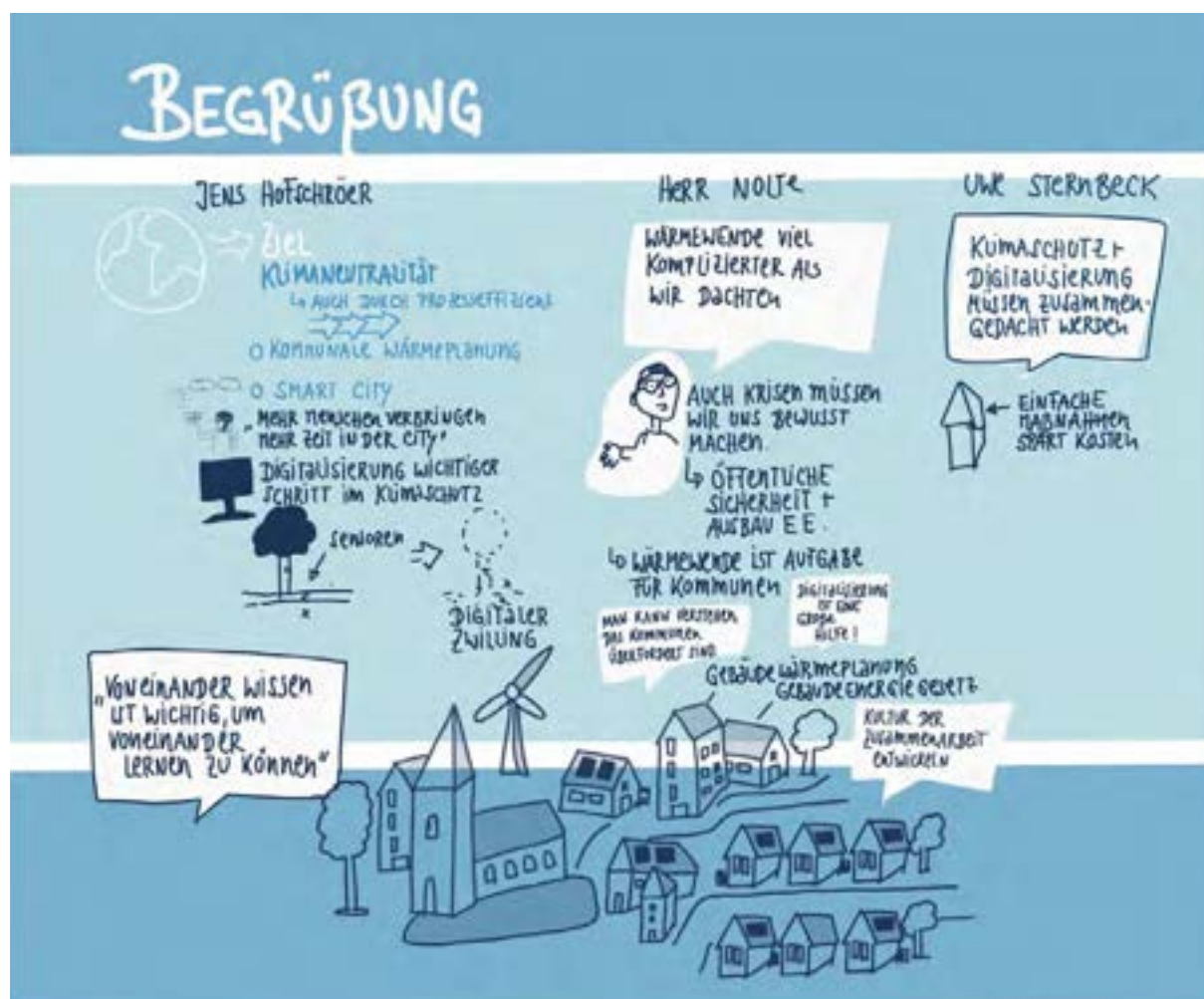
Nach der Begrüßung durch Stadtrat Jens Hofschroer, Geschäftsführer Lothar Nolte und Projektleiter Uwe Sternbeck zeigte Minister Christian Meyer die guten Perspektiven für eine regenerative Energieversorgung in Niedersachsen auf und machte deutlich, dass Niedersachsen schon jetzt am meisten regenerativen Strom und Wasserstoff in Deutschland produziere. Strom- und Wärmewende müssten digital gesteuert werden. Meyer sagte aber auch, dass die Transformation der Wärmeversorgung nicht zu einer sozialen Frage werden dürfe.



FOTO: KEAN / U. PUCKNAT

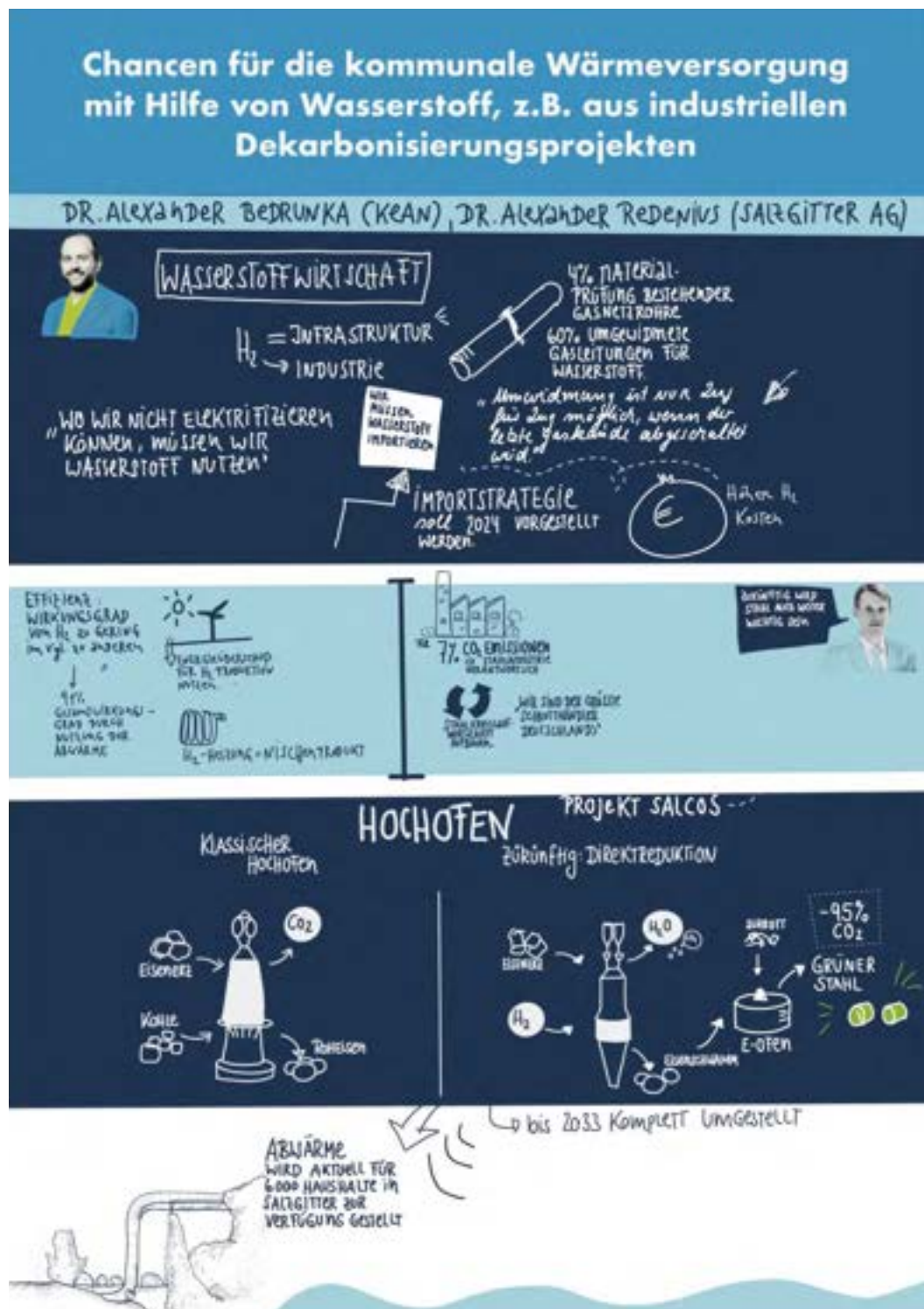


**Verena Michalek** ist Expertin für Kommunales Energiemanagement bei der KEAN, **Uwe Sternbeck** leitet beim NST das vom Land geförderte Projekt „Unterstützung und Beschleunigung des kommunalen Klimaschutzes durch Smart Cities“

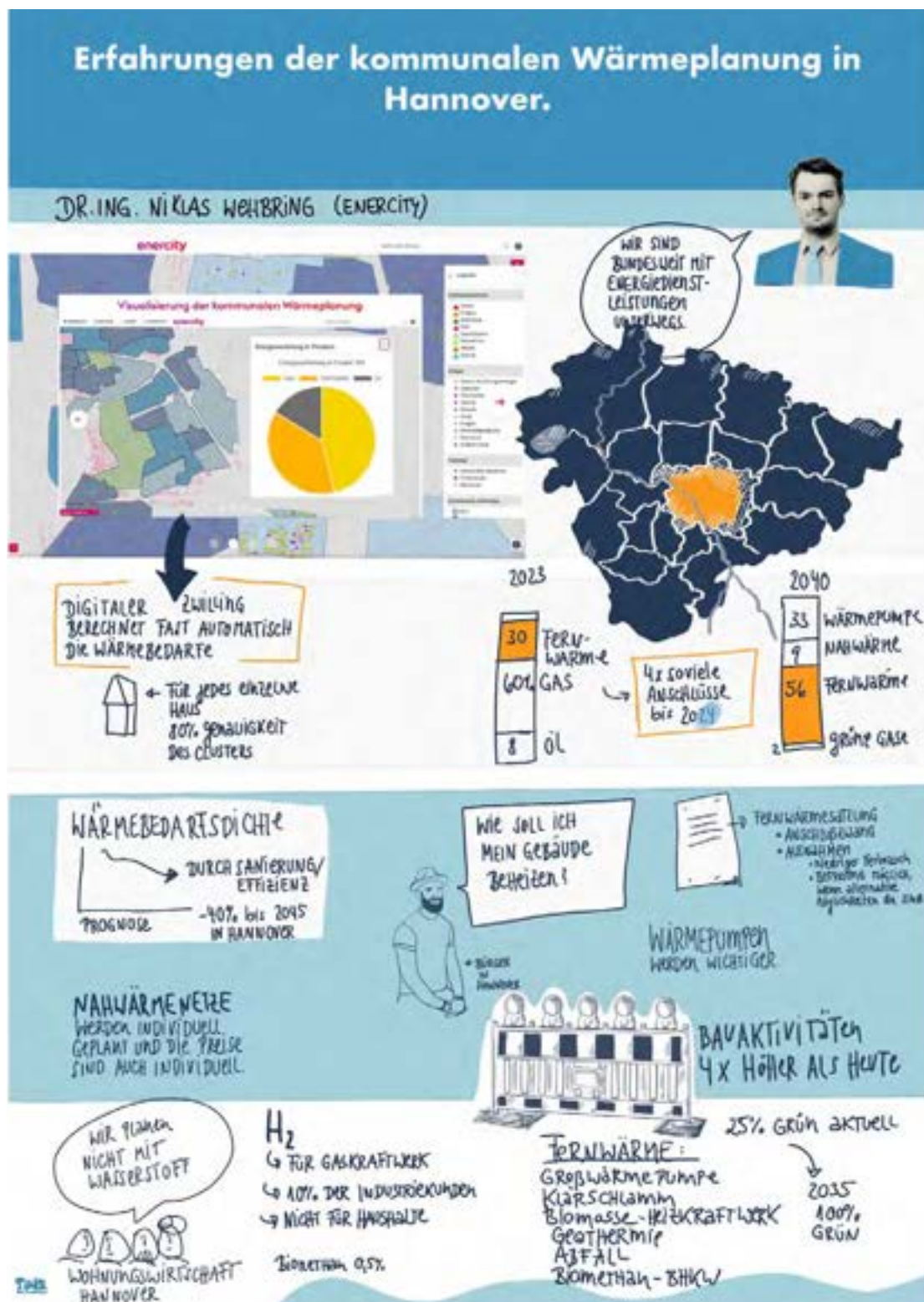




Dr. Alexander Bedrunka, Wasserstoffexperte der KEAN, zeigte deutlich, dass Wasserstoff mindestens bis ca. 2037 weit überwiegend importiert werden müsse und schon von den Kosten her bei weitem nicht zu den heute gewohnten Preisen für Gas bereitgestellt werden könne. Wasserstoff müsse für die Prozesse in Industrie und Transport verwendet werden, die nicht elektrifizierbar seien. Strom aus regenerativen Quellen direkt zu nutzen sei effizienter als grünen Wasserstoff herzustellen. Dr. Alexander Redenius von der Salzgitter AG erläuterte anhand des SALCOS-Projekts die Umstellung der Stahlproduktion von Kohle auf Wasserstoff als Grundstoffquelle. Die Abwärme dieser Hochtemperaturprozesse werde schon heute für 6000 Wohneinheiten als Wärmequelle genutzt und solle im Zuge der beabsichtigten Treibhausgasreduktion bei der Stahlerzeugung ausgeweitet werden. Solche Potenziale sollen Kommunen suchen und nutzen.

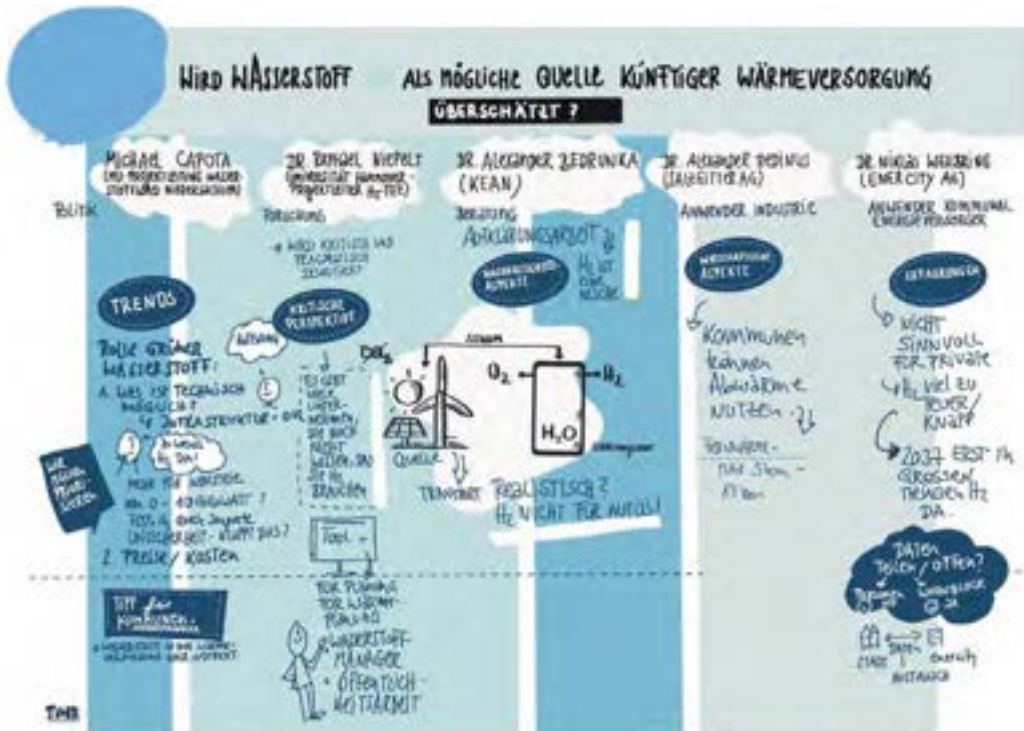


Ergebnisse der bereits abgeschlossenen Wärmeplanung für die Landeshauptstadt Hannover wie zum Beispiel den beabsichtigten Ausbau der Fernwärmeversorgung in Mehrfamilienhausgebieten mit hoher Dichte wurden von Dr. Niklas Wehbring von enercity erklärt. Bis 2027 werde das Kohlekraftwerk als Wärmequelle durch 14 unterschiedliche regenerative Anlagen von der Abfallverbrennung bis zur Großwärmepumpe ersetzt. Dr. Wehbring ist sicher, dass für weniger dicht bebaute Wohngebiete die Wärmepumpe zum Standard wird. Auch die im Beteiligungsprozess eingebundene Wohnungswirtschaft machte bei der Aufstellung des Wärmeplans in Hannover deutlich, dass Wasserstoff nicht als Wärmequelle eingesetzt werden soll.





Bei der anschließenden Podiumsdiskussion wird klar, dass Wasserstoff als mögliche Quelle künftiger Wärmeversorgung stark überschätzt wird. Im Vergleich zur Stromerzeugung ist Wasserstoff weniger effizient. Für Hochtemperaturprozesse in Industrie und Gewerbe werde Wasserstoff gebraucht. Viele Mittelständler wissen heute noch nicht, ob sie auf Wasserstoff umstellen müssen. Einzelne Netzbetreiber kommunizieren bereits, dass sie die Gasnetze zu gegebener Zeit abschalten. Das macht den Einbau einer „H<sub>2</sub>-ready“-Gasheizung unwirtschaftlich, weil dann bis 2040 noch einmal das Heizsystem erneuert werden muss.



Im zweiten Teil der Tagung besuchten die Teilnehmenden drei parallele Foren.







Die dezentrale Erzeugung von Wasserstoff muss ausgebaut werden. Hinsichtlich der Planung der Standorte von Elektrolyseuren sollte die Möglichkeit der Abwärmenutzung berücksichtigt werden. So lautete das Ergebnis des Forums „Potenziale für die dezentrale Wasserstoffwirtschaft“ (s. Grafik Forum 1). Im Projekt H2-FEE werden bis 2025 regionale Potenziale ermittelt. Experten dafür waren Dr. Raphael Niepelt und Alexander Mahner von der Universität Hannover sowie Jonas Berndmeyer von der Nefino GmbH.

Jens Clausen vom Borderstep Institut und Axel Frerichs vom Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband klärten im Forum „Abwärme aus Gewässern und kommunalen Kläranlagen/Abwassernetzen optimal nutzen“ (s. Grafik Forum 2) zu den beträchtlichen Möglichkeiten der Wärmeengewinnung aus Flüssen und aus Abwassernetzen auf. Konkrete Beispiele wurden diskutiert, wie das der Wärmepumpe in Zürich, die seit 1938 das Rathaus heizt und ihre Energie aus Flusswärme bezieht.

Dr. Lars Mewes und weitere Referenten der Stadt Wolfsburg debattierten mit den Teilnehmenden des Forums „Potenziale digitaler Infrastrukturen für die Klimatransformation nutzen“ (s. Grafik Forum 3) über die Gewinnung digitaler Daten. Damit seien Planungs- und Steuerungsprozesse für Klimaschutz und Klimaanpassung künftig schneller und genauer zu regeln. Wolfsburg selbst entwickelt viele digitale Hilfsmittel im Rahmen des Smart City Projekts als open-source-Lösung, die auch von weiteren Kommunen genutzt werden können. Bürgerinnen und Bürger können über Dashboards und apps direkt von den neuen Nutzungen profitieren.

Mit einem Ausblick auf weitere gemeinsame Angebote von KEAN und NST für die Kommunen wurde die Fachtagung abgeschlossen. Diese werden mit NST-Umwelt-Info rechtzeitig angekündigt.

## 83. Sitzung des Arbeitskreises Umweltschutz

### Diskussionen über Baumfällgenehmigungen und aktuelle Umweltthemen

VON ANNA ELLIGSEN

Am 16. Mai 2024 fand in den Räumen des Niedersächsischen Finanzministeriums in Hannover die 83. Sitzung des Arbeitskreises Umweltschutz statt.

Im Rahmen der Sitzung wurde eine umfassende Diskussion zur Baumfällgenehmigung und weiteren aktuellen Umweltthemen geführt. Die Firma GOVforms präsentierte dazu ihren digitalen Online-Dienst. Es folgte ein inhaltlicher Austausch über Anträge zur Baumfällgenehmigung für PV-Anlagen. Anschließend tauschte der Arbeitskreis Updates zur Regelung des Entsiegelungskatters und der Phosphorrückgewinnung aus.





# Social Media- Kampagne 75 Jahre Grundgesetz

**„Wir sorgen dafür, dass jeder seine Meinung sagen kann.“**

Art. 33 Abs. 1 S. 1  
Jeder hat das Recht, an öffentlichen Versammlungen teilzunehmen und seine Meinung zu äußern.

Deine Grundrechte sind real – in Deiner Kommune!  
75 Jahre Grundgesetz

**„Wir kümmern uns, auch um Abfall!“**

Art. 90 Abs. 1  
Die Bundesregierung ist verpflichtet, den Abfall zu beseitigen.

Deine Grundrechte sind real – in Deiner Kommune!  
75 Jahre Grundgesetz

**„Wir retten Menschenleben!“**

Art. 35 Abs. 1  
Die Bundesregierung ist verpflichtet, die Rettung von Menschenleben zu gewährleisten.

Deine Grundrechte sind real – in Deiner Kommune!  
75 Jahre Grundgesetz

**„Wir schützen Dich und deine Familie – egal wen Du liebst.“**

Art. 6 Abs. 1  
Die Ehe ist unter zwei Personen gleichgeschlechtlich oder ungleichgeschlechtlich geschlossen.

Deine Grundrechte sind real – in Deiner Kommune!  
75 Jahre Grundgesetz

**„Wir leben Europa!“**

Art. 23 Abs. 1  
Die Bundesregierung ist verpflichtet, die Zusammenarbeit mit den Ländern der Europäischen Union zu fördern.

Deine Grundrechte sind real – in Deiner Kommune!  
75 Jahre Grundgesetz

**„Klimaschutz vor Ort – für alle!“**

Art. 90 Abs. 1  
Die Bundesregierung ist verpflichtet, den Klimaschutz zu gewährleisten.

Deine Grundrechte sind real – in Deiner Kommune!  
75 Jahre Grundgesetz

**„Wir bringen geflohene Menschen unter!“**

Art. 16 Abs. 1  
Die Bundesregierung ist verpflichtet, die Aufnahme von Flüchtlingen zu gewährleisten.

Deine Grundrechte sind real – in Deiner Kommune!  
75 Jahre Grundgesetz

**„Wir versammeln uns hinter der Demokratie!“**

Art. 33 Abs. 1  
Jeder hat das Recht, an öffentlichen Versammlungen teilzunehmen und seine Meinung zu äußern.

Deine Grundrechte sind real – in Deiner Kommune!  
75 Jahre Grundgesetz

**„Am 23. Mai 2024 feiern wir 75 Jahre Grundgesetz“**

Wir haben eine lebendige Verfassung, die unsere Demokratie bewahrt, den Sozialstaat sichert und unsere Grundrechte in den Ländern, Städten, Gemeinden und Samtgemeinden zur Erfüllung bringt. Dafür stehen Deine Kommunen vor Ort.

Deine Grundrechte sind real – in Deiner Kommune!  
75 Jahre Grundgesetz

**„Wir weisen den Weg zur Staatsbürgerschaft.“**

Art. 16 Abs. 1  
Die Bundesregierung ist verpflichtet, die Aufnahme von Flüchtlingen zu gewährleisten.

Deine Grundrechte sind real – in Deiner Kommune!  
75 Jahre Grundgesetz

**„Wir löschen für alle!“**

Art. 33 Abs. 1  
Jeder hat das Recht, an öffentlichen Versammlungen teilzunehmen und seine Meinung zu äußern.

Deine Grundrechte sind real – in Deiner Kommune!  
75 Jahre Grundgesetz

**„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Punkt.“**

Art. 1 Abs. 1  
Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Deine Grundrechte sind real – in Deiner Kommune!  
75 Jahre Grundgesetz

**„Demokratische Entscheidungen vor Ort!“**

Art. 33 Abs. 1  
Jeder hat das Recht, an öffentlichen Versammlungen teilzunehmen und seine Meinung zu äußern.

Deine Grundrechte sind real – in Deiner Kommune!  
75 Jahre Grundgesetz

**„Wasser ist Leben. Wir schützen es.“**

Art. 90 Abs. 1  
Die Bundesregierung ist verpflichtet, den Klimaschutz zu gewährleisten.

Deine Grundrechte sind real – in Deiner Kommune!  
75 Jahre Grundgesetz

**„Wir schützen Leben, auch von Tieren!“**

Art. 90 Abs. 1  
Die Bundesregierung ist verpflichtet, den Klimaschutz zu gewährleisten.

Deine Grundrechte sind real – in Deiner Kommune!  
75 Jahre Grundgesetz

**„Wir betreiben Kitas und Schulen!“**

Art. 90 Abs. 1  
Die Bundesregierung ist verpflichtet, den Klimaschutz zu gewährleisten.

Deine Grundrechte sind real – in Deiner Kommune!  
75 Jahre Grundgesetz

**„Hier wird Politik direkt spürbar!“**

Art. 33 Abs. 1  
Jeder hat das Recht, an öffentlichen Versammlungen teilzunehmen und seine Meinung zu äußern.

Deine Grundrechte sind real – in Deiner Kommune!  
75 Jahre Grundgesetz

**„Wir machen Naturschutz!“**

Art. 90 Abs. 1  
Die Bundesregierung ist verpflichtet, den Klimaschutz zu gewährleisten.

Deine Grundrechte sind real – in Deiner Kommune!  
75 Jahre Grundgesetz

**„Wir kontrollieren, damit Du genießen kannst“**

Art. 90 Abs. 1  
Die Bundesregierung ist verpflichtet, den Klimaschutz zu gewährleisten.

Deine Grundrechte sind real – in Deiner Kommune!  
75 Jahre Grundgesetz

**„Wir unterstützen den Sport!“**

Art. 90 Abs. 1  
Die Bundesregierung ist verpflichtet, den Klimaschutz zu gewährleisten.

Deine Grundrechte sind real – in Deiner Kommune!  
75 Jahre Grundgesetz



# Datenschutz in Niedersachsen neu aufgestellt

VON ULRICH MAHNER

Der neue Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen, Denis Lehmkeper, hat seinen ersten Tätigkeitsbericht vorgelegt.

Offiziell handelt es sich um den 29. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Niedersachsen (LfD), den Denis Lehmkeper Anfang Juni vorgelegt hat. Während diese Zählung für seine Behörde richtig ist, handelt es sich für ihn persönlich um den ersten Bericht, den er verantwortet. Denn er hat sein Amt erst zum 15. September 2023 angetreten. Sowohl der Tätigkeitsbericht als auch sein öffentliches Wirken legen nahe, dass sich in Sachen Datenschutz schon in dieser relativ kurzen Zeit einiges geändert hat und vielleicht noch ändern wird.



**Ulrich Mahner**  
ist Referatsleiter beim  
Niedersächsischen  
Städtetag

## Denis Lehmkeper – zur Person

Denis Lehmkeper ist Volljurist und seit 2001 auf verschiedenen Positionen im Land Niedersachsen, teils an der Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung, tätig. Zuletzt leitete Lehmkeper im Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die Abteilung Raumordnung, Landentwicklung, Förderung, davor das Personalreferat des Ressorts.

Lehmkeper ist in Hamm in Westfalen geboren und aufgewachsen, absolvierte sein Jurastudium von 1992 bis 1997 an der Philipps-Universität zu Marburg (Lahn) und das anschließende Referendariat im Bereich des Landgerichts Darmstadt. Lehmkeper ist verheiratet, Vater von drei Kindern und lebt in Hannover.

Quelle: [https://www.lfd.niedersachsen.de/startseite/wir\\_uber\\_uns/der\\_landesbeauftragte/lebenslauf/](https://www.lfd.niedersachsen.de/startseite/wir_uber_uns/der_landesbeauftragte/lebenslauf/)



© DANIEL GEORGE

Der Datenschutz wird gerade in der öffentlichen Verwaltung oft als Hemmnis wahrgenommen, das der Umsetzung von technischen Verfahren entgegensteht. Das ist vielleicht manchmal ein Vorwand, Projekte gar nicht erst anzugehen. Aber in der Tat haben viele die Datenschutzbehörden in der Vergangenheit eher als Bedenken-träger erlebt und weniger als lösungs-orientierte Unterstützer.

## Einsatz von Microsoft Teams als erster Prüfstein

Lehmkeper will das offenbar ändern. In seinen Empfehlungen ermuntert er vor allem die niedersächsische Landesregierung, ihn frühzeitig einzubeziehen, um Vorhaben datenschutzkonform umzusetzen. Dass es ihm mit der

Lösungsorientierung ernst ist, hat sich schon an Beispiel von Microsoft Teams in der niedersächsischen Landesverwaltung gezeigt. In einem langen und intensiven Prozess unter Begleitung des LfD ist es dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport gelungen, mit der Firma Microsoft Regelungen zu vereinbaren, die den Einsatz des Produktes möglich machen könnten. Auch wenn sicher nicht alle Vorstellungen des LfD umgesetzt werden konnten, so sind doch wichtige datenschutzrechtliche Verbesserungen erreicht worden. In den niedersächsischen Städten, Gemeinden und Samtgemeinden ist dieser Prozess mit großem Interesse verfolgt worden. Denn viele Kommunen beabsichtigen ebenfalls den Einsatz von Microsoft-Cloud-Produkten. Es ist zu hoffen, dass die mit dem Innenministerium getroffenen Vereinbarungen jetzt – wie angekündigt – auch auf die Kommunen übertragen werden. Denn es wäre realitätsfremd anzunehmen, dass Microsoft sich auf Verhandlungen mit jeder einzelnen Kommunen einlassen würde.

## Kommunale Themen im Tätigkeitsbericht

Von seiner Vorgängerin übernommen hat Lehmkeper eine Prüfung der Verzeichnisse der Verarbeitungstätigkeiten in niedersächsischen Kommunen. Nach Abschluss der hierzu vor Ort geführten Gespräche soll eine Hilfestellung für das Anfertigen eines Verarbeitungsverzeichnisses veröffentlicht werden. Diese soll sich auf melderechtliche Verarbeitungsvorgänge beziehen und die im Melderegister verarbeiteten personenbezogenen Daten und unterschiedliche Lösfristen berücksichtigen.

Erfreulich kurz sind die Ausführungen zu den Ergebnissen von Besuchen des LfD in Bürgerbüros: Diese gaben nämlich keinen Anlass zu Beanstandungen.

Andererseits musste der LfD bei Kommunen Datenschutzverletzungen feststellen. Gründe dafür waren unter anderem wie in den Jahren zuvor Hackerangriffe. Während solcher Angriffe sind personenbezogene Daten in Gefahr und die betroffenen Verwaltungen oft nur eingeschränkt handlungsfähig. Der LfD stellt zutreffend fest, dass es notwendig sei, dass die Verantwortlichen sich auch aus datenschutzrechtlicher Sicht auf entsprechende Vorfälle vorbereiten. In diesen Fällen greifen Datenschutz und IT-Sicherheit ineinander.

Kritisch merkt die Datenschutzaufsicht an, dass sich insbesondere beim Bereitstellen von Dokumenten über Bürgerinformationssysteme die Verantwortlichen der damit verbundenen Risiken für die betroffenen Personen nicht hinreichend bewusst waren. Teilweise seien datenschutzrechtlich gebotene Schwärzungen unterblieben. Die Behörde konstatiert aber auch, dass die Verantwortlichen die Dokumente unverzüglich nach entsprechenden Hinweisen korrigiert haben, um die Offenlegung der personenbezogenen Daten zu beenden.

### Schlaglicht Künstliche Intelligenz

Der Einsatz künstlicher Intelligenz – was auch immer darunter im Einzelfall verstanden wird – beschäftigt inzwischen viele öffentliche Verwaltungen, darunter auch Kommunen. Der Einsatz entsprechender Systeme ist nicht zuletzt unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten zu betrachten. Der LfD sieht seine Rolle dabei darin, Beratungsanfragen von Behörden, öffentlichen Einrichtungen oder Unternehmen zu beantworten oder Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern zum Einsatz von KI zu bearbeiten. In seinem Bericht stellt er erste konkrete Vorhaben dar und kündigt an, sich des Themas in den nächsten Jahren verstärkt anzunehmen.

Datenschutzrechtliche Fragestellungen beschäftigen immer wieder die Kommunalverwaltungen, aber auch die Mitglieder der Räte. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Niedersächsischen Datenschutzaufsicht haben sich deshalb gerne bereit erklärt, in den nächsten Ausgaben aktuelle Themen aus ihrer Arbeit in Gastbeiträgen für unsere Verbandszeitschrift aufzugreifen.



## SCHRIFTTUM

### Kommentar zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L)

Clemens, Scheuring, Steingen, Wiese, Bredendiek, Bürger, Geyer, Görgens, Hebler und Kley

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, Loseblattwerk, ca. 11 260 Seiten, 238 Euro, einschl. elf Ordnern, ISBN 978-3-415-03757-1

Das bewährte Praktikerwerk enthält die Texte des TV-L, des Tarifrechts der Ärztinnen und Ärzte sowie der Überleitungstarifverträge und sonstiger Tarifverträge. Topaktuelle Kommentierungen zu den Regelungen des TV-L sowie zu den Überleitungstarifverträgen bieten den Nutzerinnen und Nutzern die optimale Unterstützung bei der täglichen Arbeit.

Die **124. Ergänzungslieferung**, erschienen am 10. Juni 2024, ist auf dem **Stand April 2024**. Die Ergänzung enthält zwei Schwerpunkte: Den ersten Schwerpunkt bildet die partielle Überarbeitung der Kommentierung zu § 22 TV-L in Bezug auf neuere Rechtsprechung zum Nachweis der Arbeitsunfähigkeit, zum Beweiswert ärztlicher Bescheinigungen und zur Beteiligung des Betriebsrats bei der Anordnung, eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung bereits am ersten Krankheitstag vorzulegen.

Der zweite Schwerpunkt betrifft die Kommentierung zu § 29 TV-L: Hier wurden Hinweise zum Freistellungsanspruch nach § 44b SGB V bei mitaufgenommenen Begleitpersonen im Fall stationärer Behandlungen eingearbeitet und die Erläuterungen zu den Freistellungsansprüchen nach § 45

SGB V wegen der Einfügung des § 45 Abs. 1a SGB V überarbeitet. Außerdem sind die Freistellungsansprüche und Beschäftigungsverbote nach dem Mutterschutzgesetz völlig neu kommentiert worden.

Die 124. Ergänzungslieferung startet indes bei § 2 TV-L mit Hinweisen zur Beteiligung des Betriebsrats bei der Stellenausschreibung, enthält bei § 3 TV-L neue Erläuterungen zum Hinweisgeberschutzgesetz vom 31. 5. 2023 und berücksichtigt bei § 15 TV-L die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns ab 1.1.2024 und 1.1.2025. In der Kommentierung zu § 37 TV-L werden die Hinweise zur Bedeutung von Ausschluss- und Verjährungsfristen bei Urlaubsabgeltungsansprüchen aktualisiert und die Anforderungen an eine genaue Bezeichnung der Ansprüche konkretisiert.

Bei der Kommentierung zur Entgeltordnung zum TV-L wird einem neuen Verfahren zur Gleichstellung und Anerkennung ausländischer Hochschulabschlüsse ebenso Rechnung getragen, wie der Aufspaltung der früheren EG 9 in die EG 9a und 9b in den Abschnitten 13 (Kanzleidiensnt), 16 (Registaturen), 17 (Restauratoren), 19 (Schifffahrt) und 25 (Wirtschaftspersonal) des Teils II der Entgeltordnung zum TV-L.

Die Aktualisierung der auszugsweise abgedruckten Vorschriften des SGB V und des SGB VI rundet die 124. Ergänzung ab.

Außerdem ist der bereits vereinbarte TV Inflationsausgleich vom 9.12.2023 mit ausführlicher Kommentierung im Teil VII/1 des Werkes aufgenommen.

## Fraktionsausschluss

Ein rechtfertigender Grund für den Ausschluss aus einer Ratsfraktion liegt vor, wenn zum Zeitpunkt der Beschlussfassung in der Fraktion Umstände vorliegen, die das Vertrauensverhältnis in der Fraktion nachhaltig und derart stören, dass den übrigen Fraktionsmitgliedern eine weitere Zusammenarbeit nicht mehr zugemutet werden kann.

Nichtamtlicher Leitsatz, OVG Lüneburg, Beschluss vom 19.4.2024, Az. 10 ME 62/2.

### Zum Sachverhalt:

Die Parteien streiten über die Wirksamkeit eines Fraktionsausschlusses. Dem Antragsteller in dem Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes wurde sexuelle Belästigung auf einer Parteiveranstaltung vorgeworfen. Diesen Vorwurf nahm die Fraktion zum Anlass, den Antragsteller auszuschließen. Der hiergegen gerichtete Eilantrag war auch in der Beschwerde erfolglos.

### Gründe:

Der Beschluss der Antragsgegnerin über den Ausschluss des Antragstellers ist aller Voraussicht nach auch materiell rechtmäßig. Das Verwaltungsgericht hat rechtsfehlerfrei das Vorliegen eines „wichtigen Grundes“ für den Ausschluss des Antragstellers angenommen.

Ein den Ausschluss eines Mitglieds rechtfertigender „wichtiger Grund“ ist gegeben, wenn zum Zeitpunkt der Beschlussfassung in der Fraktion Umstände vorliegen, die das Vertrauensverhältnis innerhalb der Fraktion nachhaltig und derart stören, dass den übrigen Fraktionsmitgliedern eine weitere Zusammenarbeit nicht mehr zugemutet werden kann (Senatsbeschluss vom 14.6.2010 – 10 ME 142/09 – Beschlussabdruck, S. 8 m.w.N.). Beispielhaft kommen in Betracht das Aufkündigen der Grundidentifikation mit dem politischen Programm, die nachhaltige Störung des Vertrauensverhältnisses durch eine Abweichung in zentralen Fragen des politischen Konsens, grobe und ordnungswidrige Schädigungen der Fraktion, das Austragen von Auseinandersetzungen in der Presse und sonstigen Öffentlichkeit, das Erschweren der Gremienarbeit der Fraktion bis zur Ineffektivität oder ernste atmosphärische Störungen, die das Vertrauensverhältnis zwischen dem Betroffenen und den anderen Mitgliedern untergraben (Senatsbeschluss vom 14.6.2010 a.a.O.). Darüber hinaus kann ein „wichtiger Grund“ auch darin bestehen, dass ein Fraktionsmitglied durch sein (auch rats- oder fraktions-externes) Verhalten das Ansehen der Fraktion in der Öffentlichkeit nachhaltig schädigt und die Außenwirkung der Fraktion und deren Wirkungsmöglichkeit damit beeinträchtigt (vgl. VerfGH Rheinland Pfalz, Urteil vom 30.10.2020 – VGH O 52/20 –, juris Rn. 47).

Da der Ausschluss aus der Fraktion als ein Akt interner Selbstgestaltung und (kollektiver) politischer Verantwortung anzusehen ist, steht der Fraktion bei der Bewertung, ob das Verhalten eines Mitglieds einen den Ausschluss rechtfertigenden Grund darstellt, nach überwiegend vertretener Auffassung ein gerichtlich nur eingeschränkt überprüfbarer Beurteilungsspielraum zu (Senatsbeschluss vom 14.6.2010 – 10 ME 142/09 –, Beschlussabdruck S. 8 f.; vgl. VerfGH Berlin, Urteil vom 4.7.2018 – 130/17 –, juris Rn. 32). Das zur Ausschlussentscheidung führende Mitgliederverhalten wird sich häufig aus einer Vielzahl einzelner Vorgänge zusammensetzen, die auch in ihren personalen Anlässen und Auswirkungen unwägbare bleiben. Die autonome Gestaltung der innerfraktionellen Beziehungen, ihre zwischenmenschliche, gruppenspezifische und politische Dimension, steht einer vollständigen Kontrollierbarkeit entgegen. Die gerichtliche Kontrolle ist darauf beschränkt, ob die Entscheidung auf ausreichender Beurteilungsgrundlage getroffen worden ist und der Fraktionsausschluss gegen gesetzliche Bestimmungen, Geschäftsordnungen, ungeschriebene Rechtsregeln, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bzw. das Willkürverbot verstößt (vgl. Senatsbeschluss vom 14.6.2010 – 10 ME 142/09 – Beschlussabdruck, S. 9 m.w.N.; VerfGH Rheinland-Pfalz, Urteil vom 30.10.2020 – VGH O 52/20 –, juris Rn. 48; VerfGH Berlin, Urteil vom 4.7.2018 – 130/17 –, juris Rn. 32). Als letztlich politische Entscheidung ist der Fraktionsausschluss gerichtlich daher nicht daraufhin zu überprüfen, ob er vertretbar ist, sondern im Rahmen der Willkürkontrolle allein darauf, ob das Statusrecht des betroffenen Abgeordneten in grundlegender Weise evident verletzt wurde. Das Willkürverbot ist dabei dann verletzt, wenn sich ein vernünftiger, sich aus der Natur der Sache ergebender oder sonst sachlich einleuchtender Grund für die Entscheidung nicht finden lässt, sondern vielmehr evident sachfremd entschieden wurde (VerfGH Rheinland-Pfalz, Urteil vom 30.10.2020 – VGH O 52/20 –, juris Rn. 50 f. m.w.N.).

Gemessen an diesen Vorgaben hält die Einschätzung der Antragsgegnerin, es liege ein wichtiger Grund für einen Fraktionsausschluss vor, auch unter Berücksichtigung des Beschwerdevorbringens der gerichtlichen Überprüfung durch den Senat stand.

Der Einwand des Antragstellers, alle in der Senatsentscheidung vom 14.6.2020 (– 10 ME 142/09 –) angeführten Beispiele verlangten einen Bezug des „wichtigen Grundes“ zur Fraktionsarbeit, der vorliegend nicht gegeben sei, verfehlt nicht. So ist zum einen bei dem vorliegenden Sachverhalt durchaus ein Bezug zur politischen Arbeit der Antragsgegnerin festzustellen, wie aus der Beschlussvorlage, wonach das Verhalten des Antragstellers „einer Frau gegenüber, zumal einer Minderjährigen, inakzeptabel und daher geeignet ist, der Fraktion einen erheblichen Reputationsschaden in der Öffentlichkeit zuzufügen“, hervorgeht. Zum anderen ist – wie oben ausgeführt – maßgeblich, ob das Vertrauensverhältnis zwischen den Mitgliedern derart gestört ist, dass den übrigen Fraktionsmitgliedern eine weitere (politische) Zusammenarbeit nicht mehr zugemutet werden kann. Hierfür kann auch ein einmaliges Verhalten des Fraktionsmitglieds ausreichend sein. Die schwere und nachhaltige Störung des Vertrauensverhältnisses kann die politische fraktionsinterne Zusammenarbeit selbstredend auch in dem Fall erheblich beeinträchtigen, wenn diese Störung auf außerhalb der Fraktion liegenden Umständen beruht, jedoch derart schwerwiegend ist, dass sie die Fraktionsarbeit negativ beeinflusst. Denn die wirkungsvolle Zusammenarbeit in der Fraktion hängt nicht nur von wechselseitigen Loyalitäten in politischen Inhalten ab, vielmehr erfordert der Charakter einer Fraktion als „Arbeitsgemeinschaft“ auch ein anhaltendes wechselseitiges Vertrauensverhältnis der Fraktionsmitglieder zueinander, das die persönliche Zuverlässigkeit und Umgänglichkeit einschließt und einen Schwerpunkt in der persönlichen Verlässlichkeit hat (vgl. VerfGH Rheinland-Pfalz, Urteil vom 30.10.2020 – VGH O 52/00 –, juris Rn. 80; VG Darmstadt, Beschluss vom 20.12.2016 – 3 L 2960/16. DA –, juris Rn. 17). Vorliegend ist auch nicht etwa ein rein zwischenmenschliches Zerwürfnis als Grund für den streitgegenständlichen Fraktionsausschluss angeführt worden.

Eine Verletzung des Willkürverbotes lässt sich auf Grund dieser sachlich einleuchtenden Begründung nicht feststellen. Dem Antragsteller ist es auch im Rahmen der Beschwerdebegründung insbesondere nicht gelungen, substantiiert darzulegen, dass der Entscheidung über den Ausschluss evident unzutreffende tatsächliche Annahmen zu Grunde gelegt worden sind.

Die Entscheidung der Antragsgegnerin lässt unter Berücksichtigung des Beschwerdevorbringens auch keine durchgreifenden Ermessensfehler erkennen. Insbesondere hat der Antragsteller einen Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht



hinreichend (substantiiert) dargetan, ein solcher ist darüber hinaus auch nicht erkennbar. Dafür, dass gegen den Antragsteller eine weniger einschneidende, aber gleichermaßen geeignete Maßnahme als der Fraktionsausschluss hätte ergriffen werden können, ist nichts ersichtlich. Dass eine „Rüge“ oder „Abmahnung“ geeignet wäre, das gestörte Vertrauensverhältnis innerhalb der Antragsgegnerin wiederherzustellen, erscheint praktisch ausgeschlossen, zumal sich alle anderen Fraktionsmitglieder in der Abstimmung für einen Ausschluss ausgesprochen haben. Mithin standen der Antragsgegnerin auch angesichts der unzweifelhaft durch den Fraktionsausschluss deutlich erschwerten politischen Arbeit des Antragstellers und der damit verbundenen Einschränkung seiner Rechte als Mandatsträger weniger strenge Mittel zur Einwirkung auf den Antragsteller nicht zur Verfügung und mussten im Hinblick auf die nachhaltige Störung des Vertrauensverhältnisses innerhalb der Fraktion unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalles nicht in Betracht gezogen werden.

## Anmerkungen

**Rechtsanwalt Eckhard David, Kanzlei Prof. Versteyl**

Im vorliegenden Fall verfügte die Fraktion nicht über eine Geschäftsordnung. Das war vorteilhaft! Denn ist eine Geschäftsordnung vorhanden, die als Ordnungsmaßnahme auch den Fraktionsausschluss regelt, so sind die Verfahrensbestimmungen der Geschäftsordnung zwingend einzuhalten. Sie sind das Pendant zu dem weiten Ermessen der Fraktion auf der Rechtsfolgenreise.

Fehlen, wie hier, Verfahrensbestimmungen, so ist es für einen Fraktionsausschluss ausreichend, dass der Betroffene sich auf die Vorwürfe einstellen und vorbereiten kann. Auch den übrigen Fraktionsmitgliedern muss eine angemessene Vorbereitungszeit gewährt werden.

Inhaltlich ist der Fraktionsausschluss ein Akt der Selbstorganisation und gerichtlich nur eingeschränkt überprüfbar. Manchmal wird er mit einem einmaligen Ereignis begründet, häufig aber sind es eine Vielzahl von Vorkommnissen, die dazu führen, dass das Arbeitsklima zerrüttet ist. Erwägt die Fraktion einen Fraktionsausschluss, so ist es hilfreich, wenn aus Sicht der Fraktionsgeschäftsführung die zum Ausschluss aus der Fraktion führenden Umstände dokumentiert sind. Häufig finden sich in einer Geschäftsordnung inhaltliche Vorgaben an einen Fraktionsausschluss, die nicht praktikabel sind. Hierzu zählt die Bindung des Fraktionsausschlusses an einen Parteiausschluss. Schwierigkeiten auf der atmosphärischen Ebene der Zusammenarbeit innerhalb der Fraktion können damit nicht erfasst werden. Aus anwaltlicher Praxis erweist es sich als sinnvoll, wenn sich die Geschäftsordnung sowohl inhaltlich, als auch hinsichtlich der verfahrensrechtlichen Voraussetzungen jeglicher Regelung enthält.

## aus dem verbandsleben

### Finanz- und Wirtschaftsausschuss am 7. Juni 2024 in Aurich



In diesem Jahr traf sich der Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu seiner Sondersitzung in Aurich. Auf der Tagesordnung standen neben den finanziellen Handlungsspielräumen der Städte, Gemeinden und Samtgemeinden nach wie vor stark einschränkende Themen Kitafinanzierung, Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter, Krankenhausfinanzierung, Geflüchtetenunterbringung und Mobilität auch Wirtschaftsthemen wie die beschleunigte Fachkräfteeinwanderung. Das Thema Fördervereinfachung stand mit Blick auf den aktuell laufenden Interministeriellen Arbeitskreis des Landes ebenfalls erneut auf der Tagesordnung des Ausschusses. Deutlich wurde noch einmal, dass dringender Bedarf nach mehr als nur kleinen Schritten besteht.

Oben auf der Agenda steht für viele Mitglieder auch weiterhin eine schnelle Lösung bei der Schaffung einer handhabbaren Regelung für den Konzernkredit, um aktuell Angebote der lokalen Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger aufrecht erhalten zu können. Insgesamt wurde deutlich, dass die sich flächendeckend und anhaltend verschlechternde Situation der kommunalen Haushalte und die fehlende Erholungsperspektive den Mitgliedern Kopfzerbrechen bereitet.

Ein Dank geht an die gastgebende Stadt Aurich sowie insb. die Kämmerin Katja Lorenz für die Organisation des Vorabendprogramms und der Tagung.

## Der Parlamentarische Abend 2024 in Bildern

Der Parlamentarische Abend des Niedersächsischen Städtetages 2024 war geprägt von bestem Wetter, gut gelaunten Gästen und vielen anregenden Gesprächen. Zusätzlich sorgte die Freude über den Sieg der deutschen Nationalmannschaft in einem Europameisterschafts-Fußballspiel für eine ausgelassene Stimmung.









